

Newsletter - Weltwoche etc. 2023-27 - von Dr. H. Pöltelt, in eine Datei von Dr. M. Lindner

Liebe Freunde / Mitstreiter für Vernunft, wissenschaftliche Fakten, Freiheit, Demokratie, liebe weitere Interessierte, wer te Parlamentarier / Politiker, Presse (in BCC) ... auch zu Ihrer Info, anbei weitergeleitet der Newsletter 2023-27 von Dr. Pöltelt - s. Anhang und seine Zusammenfassung s.u. Diesmal keine Ergänzung oder Kommentar von meiner Seite.

Ein jeder lese / höre und denke selbst und bilde sich seine eigene Meinung ...

MfG

Dr. Martin Lindner

1. Vorsitzender der Bürger für Technik e.V.

<https://buerger-fuer-technik.de>

https://buerger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/12/BfTFlyer_V1.3_1122.pdf

und wer uns beitreten / unterstützen möchte

<https://buerger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/10/>

[AufnahmeantragBfT2.3_291022ohneIBAN.pdf](#)

IBAN DE75 4266 1008 0905 8882 05

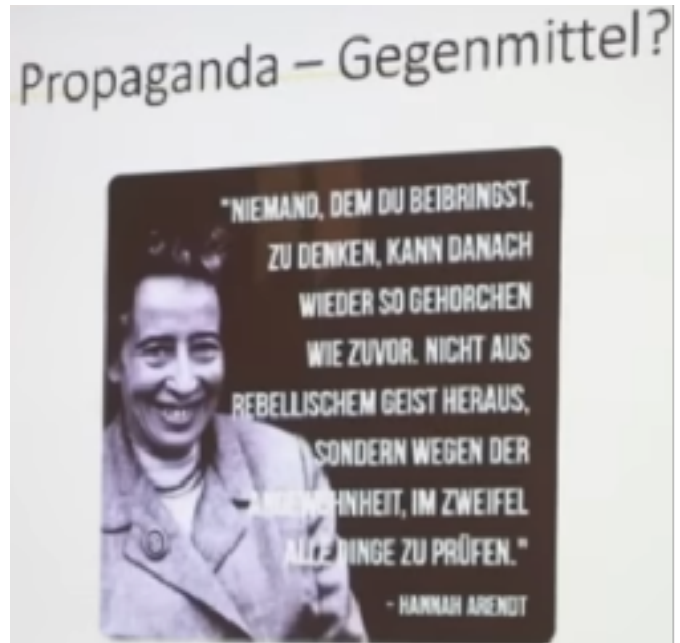
ps Wir, die Bürger für Technik sind keiner politischen Partei zugehörig, vertreten aber mit klarer Kante wissenschaftlich basierte Fakten und Meinungen und werden nicht schweigend / tatenlos zusehen, wie unser Land mit nicht evidenzbasierten Ideologien an die Wand gefahren wird. Dies gilt für die Themen Klima / Energie ebenso wie für "Corona" etc.

Dennoch sind bei uns auch abweichende Meinungen zulässig, die wir ggf. veröffentlichen, auch persönliche politische Meinungen, jedoch keine Fakten-ferne Ideologien / Propaganda.

Es wird keine Weltklimakatastrophe geben - das ist perfide Lügen-Propaganda und CO2 ist nicht schädlich, sondern essentiell für das Leben der Pflanzen und damit für alles Leben auf der Erde.

Alleine mit Sonne und Wind kann keine moderne Volkswirtschaft zuverlässig mit Strom versorgt werden.

Noch ist es nicht zu spät, wir können die Deutschland-Kaputtmacher noch stoppen ...



----- Original Nachricht -----

Betreff: Die WELTWOCHEN Nr. 26/2023 vom 29.Juni 2023 - Auszüge u.a.

Datum: 29.06.2023 22:04 (GMT +02:00)

Von: Dr. Helmut Pöltelt <He.Poeltelt@t-online.de>

An: He.Poeltelt@t-online.de

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Maybrit Illner diskutierte mit ihren Talkshow-Gästen am 15.Juni 2023 über die ukrainische Gegenoffensive. Man ist sich einig: der Krieg wird noch lange dauern, Waffen müssen nachgeliefert werden, die Bilder werden grausamer. Der Tipp ans Publikum: Gewöhnt euch dran! Diplomatisch allerdings ist Deutschland ein Totalausfall. Nur die Eskalation verpflichtet. Wer die Sendung nicht sehen konnte oder wollte, sollte den zugehörigen Beitrag lesen. So werden die Zuschauer des öffentlich-rechtlichen Fernsehens von aktuellen Politgrößen manipuliert und hinters Licht geführt. Ein weiterer Skandal.

In der Brost -Akademie diskutierten der Kabarettist Dieter Nuhr und der Verfassungsrichter Peter Müller über Denkverbote und Meinungsfreiheit: "Niemand schaut auf Deutschland als Klimavorbild".

Kritik an den internationalen Finanzriesen wie Blackrock und Consorten, die in der Politik mitmischen, ist angeblich „antisemitisch“. Doch hinter solchen Vorwürfen steckt politische und geistige Hilflosigkeit.

HABECK ERSETZT RICARDA LANG IM ARD-STUDIO von Anne Will. Der Heizungstausch toll, nur die Kommunikation ist schlecht. Deutschland ist einzigartig.

Der Machtkampf um Einfluss in Moldau zwischen Washington, Brüssel und Moskau spitzt sich weiter zu. In der Republik Moldau hat das Verfassungsgericht die pro-russische Schor-Partei für verfassungswidrig erklärt. Sie sollte verboten werden, heißt es in dem am Montag verkündeten Urteil.

Die Angst der Deutschen vor der AfD ist gründet in der Angst der Deutschen vor sich selbst. Die Kritik an der unliebsamen Partei schwankt zwischen Wahn und Wirklichkeit.

Die konservative Regierung in Helsinki will weniger Flüchtlinge aufnehmen. Vorbild sind Dänemark – und Saudi-Arabien.

Kleine Kulturgeschichte der russischen Aufstände. Und warum sie zum Glück fast immer scheitern.

Ein italienischer Arzt, der im Shenzhener Krankenhaus in China arbeitete, wurde von der chinesischen Regierung zum Mitglied des Wuhan Pneumonia Virus Study Team oder Corona-Virus ernannt. Er schrieb einen sehr interessanten Artikel.

Die schwerste Aufgabe des Boris Pistorius lautet: vorsorgliche Schadensbegrenzung in den USA. Denn es gibt Dinge, auf die der Verteidigungsminister Deutschland kaum vorbereiten kann.

Peter Hitchens war in Moskau, als die Regierung das letzte Mal gestürzt werden sollte. Das war im sonnigen August 1991. Wer klug ist, kann sich kein Chaos in Russland wünschen.

Banken, Fussball, Golf, Social Media: Die Saudis gehen im Westen auf Shoppingtour. Sie haben mehr Geld als je zuvor – dank der Russland-Sanktionen des Westens.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Pöltelt

Inhaltsverzeichnis

S.3 **Das Votum der Wähler ist eindeutig: Sie wollen kein grünes Chaos** - von Klaus-Rüdiger Mai

S.4 **Der Ampel-Hammer** - von Dr. Humpich,

S.7 **Wollt Ihr die Revolte?** - Nach der Wärmepumpe kommt schon der nächste Haus-Hammer - FOCUS-Magazin-Kolumnist - von Jan Fleischhauer

S.9 **Kevin Kühnert und die SPD belügen und verarschen die Bürger** - Leserbriefe der Herren Eisenberg und Prof. Döhler

S.11 **Boom bei Öl und Gas: Konzerne treiben Offshore-Exploration massiv voran** - von Gregor Uhlig

S.13 **AfD jetzt auch in Brandenburg stärkste Kraft** - WELT, von Lena Mosel, Carsten Hädler

S.14 **Abschied von der demokratischen Souveränität** - Die AfD wird immer stärker, weil ihre Gegner ins rechte Lager gewechselt sind - von Oskar Lafontaine

S.15 **Chinas Rohstoffkontrollen sind „erst der Anfang“** - von Deutsche Wirtschaftsnachrichten

S.16 **Vor uns liegt die Dunkelheit** Russland wird in der Ukraine wohl einen hässlichen Sieg erringen. Die Beziehungen zum Westen dürften lange vergiftet bleiben - von John J. Mearsheimer

S.27 **Auf Europas Bruchlinie** - Seit Jahren warnen die Balten vor Russland. Nun baut die Nato die Ostflanke aus. Erkundungen am «gefährlichsten Ort der Welt» - von Urs Gehrig

S.30 **Interview mit General a. D. Harald Kujat** (Auszüge) «Seit Kriegsbeginn zahlt die Ukraine einen hohen Blutzoll»

S.32 **Wie Russland die westlichen Sanktionen umgeht** - von FEDERICO FUBINI UND ALEXANDRA PROKOPENKO

S.36 **Der Kosovo-Krieg und seine Stellvertreter** - von VIRGIL ZÓLYOM

S.37 **Durch diese Hohle Gasse** - von Roger Köppel ... «**Wilhelm Tell**»

xxx

Im Folgenden die ganzen Artikel:

Das Votum der Wähler ist eindeutig: Sie wollen kein grünes Chaos



VON KLAUS-RÜDIGER MAI, 4. Juli 2023

Über die Hälfte der Bürger wünschen sich eine klassische Mitte-Rechts-Politik. Dass sie diese nicht bekommen, liegt am Verrat der Union und der FDP an den Interessen ihrer Wähler. Doch ihre Geduld neigt sich dem Ende zu: Die Enttäuschung, schwarz oder gelb zu wählen und grün zu bekommen, wirkt sich allmählich nachhaltig aus.

Geschichte ist keine arithmetische Reihe, politische und gesellschaftliche Entwicklungen ebenso wenig. Änderungen treten plötzlich, doch nach langer Vorbereitung ein. Die neue Erhebung zum Wahlverhalten durch INSA überrascht niemanden, der die Entwicklung verfolgt hat. Würde an diesem Sonntag gewählt werden, dann käme die CDU auf 25,5 Prozent und würde einen halben Prozentpunkt abgeben. Die AfD

gewönne einen halben Prozentpunkt und käme nun auf 21 Prozent, die SPD verlöre 0,5 Prozent und würde nur noch 19 Prozent der Wähler überzeugen können, während die Grünen die 0,5 Prozent zugewinnen und auf 14,5 Prozent blicken könnten. Die FDP verharrte bei mageren 6,5 Prozent, während die Linke mit leichtem Zugewinn gerade so die 5-Prozent-Hürde überspränge.

In einer Hinsicht spiegeln die Zahlen ein konstantes, unveränderliches Bild der Lage wider. Die woken und linksliberalen Parteien links der Mitte verfügen nach wie vor über keine Mehrheit in Deutschland, sie überzeugen nur 34 Prozent der Wähler, während die Mitte-Rechts-Parteien auf eine Mehrheit der Wähler von 53 Prozent blicken. Verschiebungen finden weitestgehend innerhalb der Blöcke statt, obwohl es nicht ausgeschlossen ist, dass SPD-Wähler den woken Niedergang der einstigen Partei der kleinen Leute mit immer größerem Befremden beobachten und sie schließlich auf die andere Seite wechseln.

Über die Hälfte der deutschen Bürger wünschen sich eine klassische Mitte-Rechts-Politik, eine im weitesten Sinne liberal-konservative Regierung. Darin unterscheiden sie sich nicht von anderen Europäern. Dass sie diese Politik nicht bekommen, liegt am Verrat der Union und der FDP an den Interessen ihrer Wähler, die lange keine Alternative besaßen. Doch ihre Geduld neigt sich dem Ende zu, die Enttäuschung, schwarz oder gelb zu wählen und grün zu bekommen, wirkt sich allmählich nachhaltig aus. Unions- und FDP-Politiker unterschätzen sträflich die Intelligenz ihrer Wähler, sie verwechseln deren Geduld mit ihrem Urteilsvermögen. Union und FDP leben bei ihren Wählern von der Treue und von der Vergangenheit, nicht von der gegenwärtigen Politik beider Parteien. Ihre Wähler hoffen darauf, dass die einst bürgerlichen Parteien sich auf ihre Bürgerlichkeit besinnen, doch nicht zuletzt durch die Enttäuschung, die Friedrich Merz zu verantworten hat, schwindet diese Hoffnung.

Rechnet man die CSU aus dem Umfrageergebnis der Union heraus, liegt die CDU nun gleichauf mit der AfD, wenn die AfD nicht sogar leicht vor der CDU rangiert. Will die CDU als Partei noch eine Zukunft haben, muss sie konsequent die Grünen bekämpfen, eine Zusammenarbeit mit ihnen ausschließen, wirklich eigene Konzepte entwickeln und sich nicht auf einem Pille-Palle-Grundsatzkonvent auch noch ausgerechnet von einem Grünen wie Fücks beraten lassen. Vor allem müsste sie den Mut zu Minderheitsregierungen, die von der AfD toleriert werden, aufbringen. Ob sie wirklich mittelfristig mit der AfD Regierungsbündnisse eingehen muss, liegt lediglich an zwei Entwicklungen, derer einer sie in der Hand hat. Würde die CDU sich auf moderne Weise, wie man es in Europa überall beobachten kann, des Mitte-Rechts-Spektrums annehmen, würde sie nicht wenige Wähler der AfD zurückgewinnen. Die Leute sind es leid, schwarz zu wählen und hardcoregrün zu bekommen wie zuletzt in NRW. Die zweite Entwicklung liegt im Ermessen der AfD, wie sie sich in Zukunft aufstellen wird.

Die linken und linksliberalen Parteien haben nur eine Machtoption, die in der Kombination von Masseneinwanderung, die von Grünen und SPD in immer größerem Tempo betrieben wird, und der grundgesetzwidrigen Veränderung des Wahlrechts besteht. Niemand hat das genauer ausgedrückt als Axel Steier, der den Verein gegründet hat, der im Auftrag der Bundesinnenministerin Nancy Faeser als meldebe-rechtigte Stelle in Afghanistan darüber entscheidet, wer nach Deutschland einreisen darf, der damit quasi hoheitsrechtliche Aufgaben des Staates übernimmt, wenn er twittert: „Die Enthomogenisierung

der Gesellschaft schreitet voran. Ich unterstütze das mit meiner Arbeit.“ Denn schließlich geht es doch nur um eines: „Bald ist Schluss mit dem lustigen Leben als Weißbrot!“

Doch die linken und linksliberalen Parteien sollten, werden sie aber nicht, eines bedenken, dass sie durch diese Politik die Rechtsordnung in Deutschland auflösen und französische Zustände schaffen. Statt Recht, Gesetz und Ordnung würden tribalistische Kämpfe herrschen. Sie würden dadurch das Land ins Chaos führen.

XXX

Der Ampel-Hammer - Von Dr. Humpich, 05.07.2023

Die Ampel versucht gerade im Schweinsgalopp ein Gesetz durchzupeitschen, welches nun wirklich jeden Bundesbürger zur Kasse bittet – eine warme Wohnung ist in unseren Breiten genauso unverzichtbar wie Essen und Trinken. Ist es Endzeitstimmung, die FDP/Grüne/SPD verleitet, sich gegen das Parlament zu stellen? Wer Demokratieverdrossenheit will, muß nur Volk und Parlament knapp 170 Seiten (!) überwiegend abstruse Gedanken zum Fraß vorwerfen: Wir ziehen das jetzt in ein paar Wochen durch, weil wir das können! Man muß kein Politologe sein, um vorherzusagen, daß ihnen das schlimmer auf die Füße fallen wird als Corona und die „Trittinsche Eiskugel“ zusammen. Dieser Entwurf trieft nur so von Lobby-Interessen. Ich glaube, kein Alt-68er konnte vorhersehen, wie sich Konzerne und „Ökos“ einst zusammenschließen, um gemeinsam das Volk über den Tisch zu ziehen.

Die „Experten-Anhörung“ am 3.7.23

Die Anhörung der selbst ernannten „Experten“ im Fachausschuss am Montag kann man nur als Farce bezeichnen. Da setzt sich eine Gruppe von Menschen zusammen, die sich anmaßen, über mehr als 100 Seiten detaillierte Technik zu schwadronieren, ohne auch nur die geringste fachliche Qualifikation zu besitzen. Wie wäre die „Anhörung“ wohl verlaufen, wenn man wenigstens einen Techniker eingeladen hätte? Wofür haben wir eigentlich die unzähligen Lehrstühle für „Heizung- und Klimatechnik“ an den Hochschulen? Die schlimmsten Korken in diesem Gesetz würden uns und den deutschen Gerichten sicherlich erspart bleiben. Tut mir leid, aber für mich hat das System, daß man Sachverstand und praktische Erfahrung immer durch ideologische Schwätzer ersetzt. Wie soll ein Diskurs überhaupt aufkommen, wenn man nur einschlägige Lobbyisten einlädt (siehe Teilnehmerliste)? Das ist einfach nur noch „Gelenkte Demokratie“, die zielstrebig zur „Demokratieverdrossenheit“ führt. Aber Vorsicht, das Thema: Wie bezahlt ich **meine** Heizung, geht den Menschen noch viel näher als irgendeine vorgebliche Corona-Pandemie und vor allem, es ist für jeden unmittelbar nachvollziehbar.

Die einzig bemerkenswerte Aussage für mich kam von Prof. Dr. Fritz Söllner von der Technischen Universität Ilmenau, der die im Gesetzentwurf angegebenen Kosten versucht hat, in „Vermeidungskosten pro Tonne CO₂“ umzurechnen: Er kam auf den stolzen Wert von 1800 EUR pro Tonne! Wer weiter mit Öl und Gas heizt – behaupten die Grünen – wird bald teurer als mit Strom heizen. Wer kann hier nicht rechnen?

Der Popanz der Kommunalen Wärmeplanung

Im Anhang wird für das Jahr 2021 von 13,6 Millionen Gaskesseln und 5,2 Millionen Ölheizungen ausgegangen. 40% des gesamten Erdgasverbrauchs entfielen auf die Gebäudeheizung. Was für ein Geschäft! Die Gasversorger brauchen sich übrigens keine großen Sorgen zu machen, da ja der Strom für die elektrischen Wärmepumpen aus den 50 neuen Gaskraftwerken kommen soll, die Habeck bauen will. Man erzeugt also elektrische Energie mit einem Wirkungsgrad von maximal 60 %, um an kalten Tagen damit elektrisch zu heizen.

Jetzt tut man so, als hätte es nie Planungen zu Fernwärmenetzen in Deutschland gegeben. In den 1980er Jahren wurden genau solche Studien mit großer staatlicher Förderung in der untergegangenen BRD durchgeführt. Alle Argumente des Für und Wider sind bekannt, aber offensichtlich vergessen. Ausdrücklich auch der Einsatz von Großwärmepumpen. Es wurden auch zahlreiche Projekte damals verwirklicht, die aber alle den Tod der Unwirtschaftlichkeit gestorben sind. Damals wollte man die Abhängigkeit vom Öl (Ölkrisen 1973 und 1976) verringern. In der DDR hatte man gar keine Devisen für Ölimporte übrig und hat deshalb viel konsequenter und kontinuierlich auf Fernwärme aus Braunkohle gesetzt.

Selbst in den Großstädten ist es, wie es ist. Das Haus des Autors ist an die Fernwärme angeschlossen, die Nachbarn haben eine recht neue Gasheizung, das Gewerbe an der Ecke eine geförderte Pelletheizung. Man kann über den Sinn streiten, aber Konkurrenz belebt das Geschäft. Durch die Wahlmöglichkeiten waren die Preise aller im Rahmen. Was geschieht, wenn Robert Habeck erstmal seinen Anschlusszwang durchgezogen hat, kann sich jeder selbst überlegen. Hier reden wir immerhin über Netze in einer Großstadt, die über Jahrzehnte gewachsen sind. Wenn die kleineren Kommunen jetzt auch verleitet oder gezwungen werden, Fernwärmenetze zu bauen, wird es ohne Anschlusszwang gar nicht gehen. Wäre es „profitabel“ gewesen, hätte man längst diese Netze gebaut.

Ganz brutal wird es aber für alle Bewohner auf dem Land werden: Dort gibt es meist nicht einmal einen Gasanschluss. Öl oder Flüssiggas waren und sind die einzigen Alternativen. Zwingt man diese Eigentümer zur elektrischen Wärmepumpe, kommt dies oft einer Enteignung gleich. Die notwendigen Investitionen und die stark erhöhten Betriebskosten werden zum Verkauf für einen „Appel und nen Ei“ zwingen, denn auch der Käufer übernimmt ja die Probleme. Wobei immer noch die Frage bleibt, ob es technisch überhaupt möglich ist. Gerade auf dem Land ist die notwendige Eigenbeteiligung für einen verstärkten Stromanschluss (e-Auto und e-WP) auf Grund der dünnen Besiedelung extrem hoch.

Ähnlich sieht es auch in den Vorstädten aus, wo die benötigte Heizleistung pro Grundstück noch zu klein ist für ein wirtschaftliches Fernwärmenetz, andererseits wegen der Bebauungsdichte Grundwasserwärmepumpen ganz ausscheiden und Luftwärmepumpen das „vormals ruhige Wohngebiet“ zu einem Industriepark (Geräuschbelästigung) mutieren. Aber auch hier wieder bleibt die zentrale Frage der technischen Realisierbarkeit, die Stromversorgung.

Die idiotischen 65% „Erneuerbaren“

Was bitte soll der Anteil von 65% „erneuerbare Energien“ an der Heizenergie bedeuten? Energie läßt sich nur wandeln, aber nicht erneuern. Soll das „einfache Sprache“ in einem Gesetzestext sein oder die Basis für Klagen? Man muß sauber unterscheiden zwischen der Nutzwärme – die letztlich aus dem Heizkörper kommt – und den Einsatzenergien, die zu ihrer Erzeugung nötig sind. Gemeint ist wahrscheinlich die Nutzwärme, auf die sich die 65% beziehen. Um es nicht zu breit für einen solchen Artikel zu machen, will ich mich auf die Luftwärmepumpen beschränken. Was aus der (hoffentlich) Fußbodenheizung kommt, ist die vom Heizungssystem (WP, Umwälzpumpen, Steuerung etc.) vorher bereitgestellte Wärme. Die ist aber bei einer WP die Summe aus der von der Umgebungsluft aufgenommenen Wärme („erneuerbare Energie“) und der aufgewendeten elektrischen Arbeit.

Ab hier wird es beliebig kompliziert und strittig. Wie wurde die über die Zeit integrierte elektrische Leistung tatsächlich erzeugt? Hört sich fürchterlich gestelzt an, ist aber von ausschlaggebender Bedeutung. Der Wärmebedarf eines Gebäudes setzt sich aus dem Transmissionswärmeverlust (durch die Wände und Scheiben), dem Lüftungsverlust („verbrauchte“ Luft) und dem Warmwasserverbrauch zusammen. Alle fallen zu unterschiedlichen Zeiträumen und mit unterschiedlichen Temperaturen an. Der „Heizungsbedarf“ hängt annähernd linear von der Außentemperatur ab. Die Brauchwassertemperatur muß 60 °C betragen (Legionellen). Hinzu kommen bei einer guten Architektur auch noch Wärmegewinne durch die Sonneneinstrahlung. Wetter ändert sich ständig. Damit die Sache endgültig kompliziert wird, hängt aber die Leistungszahl (Verhältnis der abgegebenen Heizleistung zu der aufgewendeten elektrischen Leistung) einer Wärmepumpe von der momentanen Temperaturdifferenz von Senke (Vorlauftemperatur, Brauchwassertemperatur) und der Quelle (Außenluft) ab. Lange Rede, kurzer Sinn: Zu jedem tatsächlichen Arbeitspunkt gehört der tatsächliche Strommix. Weht aus dieser Ecke die im Gesetz geforderte Messung (verklausuliert als Automatisierungstechnik) und Dokumentationspflicht über Jahrzehnte oder gar die [Fernüberwachung](#)? Wie hoch sind die Strafen bei Unterschreitung der 65%? Etwa Nachzahlung der CO₂-Abgabe? Dann wird der Betrieb (Heizkosten) einer elektrischen Wärmepumpe aber richtig teuer. Die höchste Leistung wird aber in einer kalten Winternacht benötigt, in der es keine „Sonnenenergie“ gibt und überwiegend auch der Wind schwach weht. Die elektrische Leistung muß dann zwingend aus fossilen Energieträgern („Atomausstieg“) erzeugt werden. Dumm nur, daß bei geringen Außentemperaturen zumindest eine Außenluft-Wärmepumpe zu einer rein elektrischen Heizung wird (Ja, es gibt tatsächlich eingebaute Tauchsieder für entsprechend kalte Tage!). Glücklicherweise wer dann noch eine Gasheizung hat, selbst zu Gaspreisen, mit denen z. B. immer die Göring-Eckhardt droht.

Aus den vorgenannten Gründen gab es schon immer die „bivalent betriebenen Wärmepumpen“: Eine Kombination aus Wärmepumpe und Heizkessel. Unterhalb von ca. 0°C (Frostgefahr, elektrisches Abtauen nötig) wird die Wärmepumpe abgeschaltet und der Kessel übernimmt.

Unsinn sind die immer wieder ins Gespräch gebrachten Wärmepumpen, die Abwasser als Quelle nutzen. Nach der Kläranlage o.k., dann hat man aber lange Transportwege und braucht ein Fernwärmenetz. Im Kanal ein Albtraum der Kläranlagen: Abwasserreinigung ist ein biologischer Prozess. Die Kläranlagen haben schon so genug Probleme im Winter. Genauso unsinnig sind die Fernwärmenetze mit „Niedertemperatur“. Sinnvolle Mindesttemperaturen im Netz sind 70°C bei Brauchwasserbereitung oder 150°C für Klimalanlagen (Absorptionsanlagen). Weht daher der Wind für die ausdrückliche Zulassung von elektronischen Durchlauferhitzern für Warmwasser?

Die Frage der Kältemittel

Kann sich noch einer an das „Ozonloch“ erinnern? Welcher Aufstand damals um fluorierte Kohlenwasserstoffe als Kältemittel gemacht wurde? Man hat dann auf brennbare und giftige Mittel umstellen müssen. Sollen die jetzt im Keller stehen oder müssen die Anlagen aus Sicherheitsgründen in den Garten? Wann kommen die „neuen Vorschriften“ aus Brüssel? In Deutschland gibt es kein Eigentum mehr. Wenn die Regierung eine neue Idee hat, muß der Bürger sich halt fügen. Er ist ja kein schwedischer Konzern (Atomausstieg), der seine Rechte international einfordern kann.

Die neuen Zusatzkosten

An dieser Stelle wird der Lobby-Einfluß deutlich. Es wird eine ganze Orgie von Überprüfungen und Vorschriften neu eingeführt. Man kennt das ja vom Auto: Nicht die Prüfgebühren sind das Problem, sondern die Kosten für die Reparaturen. Immer den Nachweis der absurden 65% „Erneuerbaren“ im Hinterkopf behalten. Der Nachweis muß erbracht werden, wie, ist das Problem des Hausbesitzers, und bezahlen muß letztendlich der Mieter. Wie ursprünglich gut gemeinte Regelungen durch die einschlägigen Konzerne pervertiert werden, zeigt die „Heizkostenabrechnung“ schon heute. Der Gedanke war vor Jahrzehnten, einen wirtschaftlichen Anreiz zum Energiesparen zu bieten. Ich kann nur jedem empfehlen, mal seine Heizkostenabrechnung genau anzuschauen, wie hoch der Anteil für Meßtechnik, Abrechnung usw. an seinen Heizkosten ist. Selbst wer neidisch veranlagt ist, würde darauf verzichten, auch wenn sein Nachbar vielleicht etwas öfter duscht – und bitte nicht nachher wieder über die hohen Mieten klagen, wenn die Nebenkosten durch dieses Gesetz weiter in die Höhe getrieben werden.

Wie absurd dieser Entwurf ist, zeigt der „hydraulische Abgleich“. Er wird 13 mal gefordert. Allein die schiere Zahl zeigt, daß offensichtlich keiner versteht, was das ist. Es ist das Zauberwort, was jeder Heizungsmonteur schon im ersten Lehrjahr kennenlernt um Rentner und Hausfrauen zu beeindrucken. Es stammt aus fernen Tagen, als es noch keine Heizkörper-Thermostatventile, geschweige Smartphone-Apps für die zeitliche Programmierung oder elektronische Heizungspumpen gab. Damals (DDR-Plattenbauten mit Einrohrsystem) bestimmte der Heizkörper mit dem schlechtesten Durchfluß die notwendige Vorlauftemperatur – Regelung der Raumtemperatur war nur über das Fenster möglich. Wo gibt es heute noch Heizkörper ohne Regelventile? Welcher Heizungsbauer nimmt keine Abgleichung der Strangventile bei der ersten Inbetriebnahme einer neuen Anlage vor? Aber die Bastler dieses Gesetzes entblöden sich nicht, abzuschätzen, wieviel Minuten der Hausbesitzer dafür braucht, um einen Handwerker im Internet zu finden, diesen zu empfangen, die Rechnung abzulegen usw.

Die Kosten

Überhaupt die Kosten. Die im Anhang aufgeführten Kosten für die notwendigen Investitionen und die Gegenrechnung der Einsparungen sind hanebüchen. Jemand, der sein halbes Leben mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen als Kunde und Auftragnehmer verbracht hat, stehen seine wenigen Haare zu Berge – wie man so sagt. Jetzt versteht man, wie solche „Trittinsche Eiskugeln“ erschaffen werden – oder auch – wie dieses Land von „Experten“ systematisch ruiniert wird.

Die anderen gebotenen Möglichkeiten

Es ist offensichtlich, daß dieses Gesetz darauf abhebt, die ins schlingern geratene Windindustrie zu stützen. Das Gebäude und das e-Auto als Senke für die Überproduktionen mit Entsorgungsgebühren (negative Strompreise an den Börsen). Zukünftig soll der Bürger den Abfall teuer bezahlen und in seinem Gebäude zwischen lagern. Das sind die feuchten Träume der Schlangenölverkäufer. Die Ab-Graichens lassen grüßen.

Jeder, der sich halbwegs mit Energiewirtschaft auskennt, ist sich darüber im Klaren, daß das nicht funktionieren kann. Man bietet deshalb schon mal ein paar Verbrennungstechniken an: Kessel für nachwachsende Energieträger, elektrische Durchlauferhitzer – aber bitte elektronisch, synthetische Brennstoffe usw. Der absolute Hit ist „blauer Wasserstoff“. Texas steht schon bereit. Wollen die Deutschen Wasserstoff statt Erdgas, kein Problem: Man erzeugt Wasserstoff aus Erdgas und lagert das entstandene CO₂ ein. Die Ölindustrie wartet schon lange darauf, zwecks Steigerung der Ölförderung. Die Deutschen bekommen als Ablass ein handelbares Zertifikat über den CO₂-freien Wasserstoff und alle sind glücklich. Der Michel zahlt gern, hat er doch das Weltklima gerettet.

Was wird aus den zahlreichen Blockheizkraftwerken in Deutschland? Was ist mit Wärmerückgewinnung aus der Lüftung (in einem Haus mit hohem Dämmstandard wird das zur bestimmenden Größe)? Was wird aus Wärmepumpen, die durch Verbrennungsmotoren angetrieben werden (auch für „alte Heizungen“ mit hohen Vorlauftemperaturen geeignet)?

Wie machen es andere Länder?

Viele setzen auf Kernenergie. Gerade die Chinesen beginnen massiv Dampf aus ihren Kernkraftwerken auszukoppeln, um damit ganze Städte zu beheizen und auch die Industrie mit Prozesswärme zu versorgen. Keine neue Idee, sondern die Kopie aus Deutschland (Kernkraftwerk in Stade, bevor die Grünen und die Roten den ersten Atomausstieg gemacht haben).

Heizung mit elektrischer Energie aus französischen Kernkraftwerken als deren Konsequenz aus den Ölkrisen. Dies ist übrigens der Grund, warum viele KKW in Frankreich keine Kühltürme haben. Man braucht die KKW mit Flusskühlung nicht im Sommer und kann dann die Wartungsarbeiten durchführen. Finnland entwickelt kleine Heizreaktoren mit nur 5 MW_{th} zur Versorgung kleiner Gemeinden mit Wärme. Sie sollen die fossilen Energien in kleinen Fernwärmenetzen ersetzen.

Oder man macht einfach so weiter wie bisher. Dies gilt für die überwältigende Mehrheit aller Länder – „menschengemachte Klimakatastrophe“ hin oder her...

xxx

Wollt Ihr die Revolte?

Nach der Wärmepumpe kommt schon der nächste Haus-Hammer - FOCUS-Magazin-Kolumnist [Jan Fleischhauer](#), 01.07.2023

Falls Sie dachten, mit der Verschiebung des Gasheizungsverbots kehre Ruhe ein: zu früh gefreut. Der wirkliche Energie-Hammer kommt erst. In Brüssel haben sie da etwas Schönes für Sie vorbereitet.



Beginnen wir mit einem Witz. Auch [die Grünen](#) bekommen jetzt eine Wärmepumpe. Also fast. Im Herbst soll es soweit sein. Nach vier Jahren Bauzeit. Am Objekt lag's nicht. Wir reden von einem klassischen Altbau, wie er in Deutschland tausendfach vorkommt. 1997 haben die Grünen das Haus als Parteizentrale erworben. Im Keller: eine Gastherme. Wie sieht das denn aus, dachten sie sich. Dem ganzen Land die große Heizwende verordnen und dann selbst mit Gas heizen? Also erfolgte der einstimmige Beschluss zur ökologischen Wende.

Ende 2019 begannen die Bauarbeiten. Bundesgeschäftsführer Michael Kellner, heute Staatssekretär bei Robert Habeck im Wirtschaftsministerium, führte die Presse persönlich durchs Haus in Berlin-Mitte. Dann wurde es schwierig. Handwerker fehlten, die Bausubstanz ist halt etwas älter. Und es brauchte Genehmigungen. Ohne die richtige Genehmigung läuft in Deutschland nichts.

Damit die Pumpe die warme Luft im ganzen Haus verteilen kann, muss ein tiefes Loch für eine Erdwärmesonde gebohrt werden. Beim Bohren haben die Behörden ein Wort mit zu reden. Zwei Jahre hat es allein gebraucht, bis die Antwort vorlag.

Der wirkliche Energie-Hammer kommt noch

Im Herbst soll die Pumpe nun in Betrieb gehen. Kosten bis dahin: fünf Millionen Euro. So steht es in einem Bericht des „Spiegel“-Redakteurs Serafin Reiber, der zur Freude der Leser eine Ortsbegehung

vornahm. Möglicherweise haben die Grünen der Verschiebung des Gasheizungsverbots auch deshalb zugestimmt, weil sie so Zeit gewinnen. Die Austauschfrist ist auf 2028 verlängert. Bis dahin sollte die Pumpe angeschlossen sein.

Nun zum weniger komischen Teil. Wenn Sie dachten, mit der Entschärfung des Gebäudeenergiegesetzes sei die Sache erst einmal ausgestanden, dann haben sie sich zu früh entspannt. Der wirkliche Energie-Hammer kommt noch.

In Brüssel beraten sie gerade über neue Richtlinien zur energetischen Sanierung. Dagegen ist der Einbau [einer Wärmepumpe](#) ein Spaziergang. Bis 2030 muss jedes Haus mindestens die Energieklasse E erfüllen, aber 2033 dann sogar die Klasse D. Damit ist in Deutschland auf einen Schlag die Hälfte der Bausubstanz sanierungsbedürftig.

Die Baubranche ist für die deutsche Volkswirtschaft noch wichtiger als die Automobilindustrie

Reden Sie mal mit ihrem Energieberater, was der Spaß kostet. Um ein Haus auf die geforderte Norm zu bringen, sind Sie schnell 100 000 Euro los. Ausnahmen? Nicht mit uns. Natürlich wollen wir Deutsche es besonders gründlich machen, das ist Ehrensache. Ein Haus, das in den [Niederlanden](#) die Energieeffizienzklasse C erhält, bekommt in Deutschland gerade mal ein G, wie einem der Immobilienverband nachweisen kann. Ähnliches gilt für [Frankreich](#): in Straßburg B, in Offenburg C. Und wir reden von der exakt gleichen Immobilie, getrennt nur durch ein paar Kilometer Luftlinie.

Es ist möglicherweise nicht allen klar, aber die Baubranche ist für die deutsche Volkswirtschaft noch wichtiger als die Automobilindustrie. Wenn es hier zum [Einbruch](#) kommt, dann schlittern wir ungebremst in die Rezession.

Ich will niemandem Angst machen, aber es sieht nicht gut aus. Die Bauaufträge sind um 25 Prozent eingebrochen, das Vermittlungsgeschäft ist praktisch zum Erliegen gekommen. Was jetzt noch angefangen wird, ließ sich nicht mehr verschieben – oder nur zu solch horrenden Kosten, dass man auch gleich weiterbauen kann.

Rätselhafte Rolle der SPD

Ich habe nicht den Eindruck, dass in der Bundesregierung alle verstanden haben, was das bedeutet. Ich war vor zwei Wochen zu Gast auf dem Deutschen Immobilientag. Zum Auftakt trat der Staatssekretär im Bauministerium Rolf Bösinger ans Mikrofon, um ein paar beruhigende Worte zu sagen. Normalerweise sind bei Verbandstagen alle glücklich, wenn ein Mitglied der Bundesregierung auftritt. In dem Fall konnten einige Zuhörer nur mit Mühe davon abgehalten werden, ihrem Unmut lautstark Ausdruck zu verleihen.

Für die Zinsen kann die Regierung nichts, über die wird bei der Europäischen Zentralbank entschieden. Auch an der Inflation trägt die Koalition wenig Schuld. Aber für die vielen Regeln und Bauvorschriften, die das Bauen immer teurer machen, für die kann sie was. Dass viele Neubauten so unfassbar trostlos aussehen, liegt auch an den DIN-Normen, die den Wohnriegel begünstigen.

Die Rolle [der SPD](#), die immerhin den Kanzler stellt, ist mir rätselhaft. Möglicherweise hält man im Willy-Brandt-Haus jeden für einen Ausbeuter, der über Wohneigentum verfügt. Überraschung: Auch unter Sozialdemokraten sollen sich Eigenheimbesitzer befinden. Auf jeden Hauseigentümer kommen außerdem Mieter.

Aus großspurigen Neubauplänen der Regierung wird nichts

Natürlich wird aus den großspurigen Neubauplänen der Regierung ebenfalls nichts. 400 000 Wohnungen pro Jahr waren angekündigt. Jetzt sind sie im Bauministerium schon froh, wenn es in den nächsten Jahren 200 000 werden. Aber anstatt gegenzusteuern, indem man mehr Kreativität ermöglicht, wird bei den Vorschriften immer weiter draufgesattelt, nun eben im Namen des Klimaschutzes.

In der „Süddeutschen Zeitung“ fand sich dieser Tage ein Bericht über den Einbruch am Immobilienmarkt. In Großstadtlagen wie Frankfurt oder München hält sich der Rückgang noch in Grenzen: minus ein bis zwei Prozent. Ganz anders die Lage in ländlichen Gebieten. Wegen der energetischen Sanierung werden bei Altbauten Preisabschläge von 1000 Euro den Quadratmeter verlangt. Viele Immobilien seien damit praktisch unverkäuflich, hieß es in der „Süddeutschen“. Die Vernichtung [der Altersvorsorge](#) einer ganzen Bevölkerungsschicht in einem Halbsatz, das ist die Lage.

Wenn es ans Eigenheim geht, hört der Spaß auf. Die Menschen nehmen hin, dass die Fliegerei teurer wird und das Autofahren. Sie akzeptieren, dass es nur noch einmal im Jahr in den Urlaub geht. Notfalls verzichten sie auch auf das Nackensteak. Aber wenn man sie zwingt, das Haus aufzugeben, weil sie in Brüssel unter den Anfeuerungsrufen der Grünen weltfremde Sanierungspläne schmieden, dann kommt es zur Revolte. Und das sage ich nicht leichtfertig.

Das „Green Award“-Gewinner-Gerät hat noch nie jemand gesehen

Bevor es zu traurig wird noch ein Witz: Diesen habe ich von dem Kollegen Alexander Wendt, der lange für den FOCUS geschrieben hat und heute die Webseite „Publico“ betreibt. Der Erfinder Jeremiah Thoronka aus Sierra Leone hat den diesjährigen „Green Award“ des Greentech-Festivals erhalten. Am 14. Juni wurde er in Berlin für zwei bahnbrechende Stromerzeugungsanlagen in seinem Heimatland ausgezeichnet.

„Jeremiah war 17, als er ein spezielles Gerät erfand, das die Vibrationen von Fußgängern und Verkehr an belebten Straßen auffängt und in Elektrizität umwandelt“, heißt es in der Begründung der Jury. „Mit nur zwei Geräten versorgt sein Start-up Optim Energy mittlerweile mehrere Schulen und Haushalte in Gemeinden in seinem Heimatland Sierra Leone kostenlos mit Strom.“

Bei dem Greentech-Festival handelt es sich auch nicht um irgendeine Veranstaltung, sondern um „Europas größtes Nachhaltigkeitsfestival“. Das Bundeswirtschaftsministerium ist als Unterstützer dabei und das Bundesaußenministerium. Die ehemalige Greenpeace-Funktionärin und heutige Staatssekretärin Jennifer Morgan ließ es sich nicht nehmen, persönlich einen der Preise zu überreichen.

Das Dumme ist nur: Das Gerät, für das Jeremiah Thoronka den „Green Award“ erhielt, hat noch nie jemand gesehen. Es gibt keinen Beleg, dass es funktioniert, es existiert nicht mal ein Foto oder wenigstens eine nähere technische Information.

Symbol für den Stand der deutschen Energiepolitik

Macht nichts. Nachdem Alexander Wendt die Posse aufdeckte, erklärte die Festivalleitung: Die Geräte würden, leider, nicht mehr existieren. Aber man habe den Preisträger als „Vorbild“ kennengelernt, der viele Menschen „für das Thema der Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen sensibilisieren und begeistern“ könne.

Ich finde, das ist ein sehr schönes Symbol für den Stand der deutschen Energiepolitik. Von außen betrachtet sieht alles wunderbar aus. Man darf nur nicht so genau nachfragen, wie es sich mit den Details verhält.

xxx

Kevin Kühnert und die SPD belügen und verarschen die Bürger

Lieber Herr Eisenberg,

das musste mal gesagt werden! Alle Achtung! So wie Sie denken, denkt die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland. Auch ich habe in meiner Jugend SPD gewählt. Mein Vater und mein Bruder waren langjährige SPD-Mitglieder in Südhessen. Mein Bruder war für die SPD Stadtverordneten-Vorsitzender in Michelstadt.

Ich wurde glücklicherweise nicht Mitglied in der SPD und habe schon vor Langem aufgehört, SPD zu wählen. Aus gutem Grund, denn die SPD vertritt schon lange nicht mehr die linke Mitte der Bevölkerung. Seit der Reaktion von Angela Merkel auf Fukushima habe ich auch aufgehört, CDU zu wählen. SPD und CDU sind zu Steigbügelhaltern der GRÜNEN verkommen. Seit es die rot-grün-gelbe Bundesregierung gibt, kann man auch die FDP nicht mehr wählen, denn auch sie hält mittlerweile den Steigbügel für die GRÜNEN, nur um am „Fleischtopf“ der Regierung mit zu sitzen. Seit man SPD und CDU nicht mehr wählen kann, hätte die FDP hervorragende Chancen gehabt, neue Wähler zu gewinnen. Sie hätte nichts weiter tun müssen, als dem irrationalen umwelt- und bürgerfeindlichen Klima-

und Energiekonzept der von den Familien Graichen & Thunberg gesteuerten und von SPD, FDP und CDU geduldeten GRÜNEN Partei abzuschwören. Diese bürgerfreundliche Gelegenheit hat die FDP kampfflos der AfD überlassen. Wie man sieht, danken es die Bürger der AfD.

Da SPD, CDU, GRÜNE, FDP und selbstverständlich auch die LINKE nicht mehr wählbar sind, verbleibt den Bürgern in Deutschland nur die AfD, wenngleich dies vermutlich so manche Bürger nur zähneknirschend tun, denn auch die AfD hat Punkte in ihrem Programm, die vielen Bürgern aufstoßen. Aber im Vergleich zu der Klima- und Energie-Abzocke der Steuerzahler durch SPD, GRÜNE, FDP, CDU und LINKE, scheinen die Bürger in der AfD das kleinere Übel zu sehen.

Lieber Herr Eisenkopf, die Steuerzahler in Deutschland danken Ihnen für Ihre aufopfernde Arbeit zur Wahrheitsvermittlung in Hinsicht auf Klima- und Energie-Realität!

Mit herzlichen Grüßen

Prof. Dr. Klaus-D. Döhler

Naturwissenschaftler und Umweltschützer

Kämpfer gegen Verschwendung von Steuergeldern

Von: Werner Eisenkopf - FSWE <fswemedien@aol.com>

Gesendet: Freitag, 30. Juni 2023 18:52

An: Kevin Kühnert | SPD <newsletter@spd.de>

Cc: SPD Parteivorstand <parteivorstand@spd.de>; SPD-Landesgruppe Hessen - Lina Abou Nabout <hessen-lg.spd@bundestag.de>; Nancy Faeser <landesverband.hessen@spd.de>; presse@spd-hessen.de; UB Limburg-Weilburg <ub.limburg-weilburg@spd.de>; FSWE MEDIEN <fswemedien@aol.com>

Betreff: GEG - Kevin Kühnert und die SPD belügt und verarscht die Bürger - Kontra zu: Das bedeutet die Einigung für Dich!

Liebster Kevin Kühnert, (Antwort auf die heutige SPD-Aussendung zum GEG s.u.)

- Liebe Mitleser im BCC ebenso -

als langjähriges SPD-Mitglied seit fast 40 Jahren, bin ich erbost, wie BLÖDE Du und andere Spitzengenosse uns deutsche Bürger haltet. Da wird jetzt ein "GEG-Gesetz" bejubelt, was uns schleichend ENTEIGNET, uns von gnädig gewährten Teil-Zuschüssen abhängig macht und uns dazu zu Verschuldungen nötigt, Dies alles für eine wirklich BEKLOPPTE Fast-Religion, die sich "Klimaschutz" nennt aber keine ist. Gegen die jede Woche eröffneten ZWEI NEUEN KOHLEKRAFTWERKE in China und fast genauso auch in Indien, ist das Ganze auch ein mathematisches "globales Betrugsspiel" von Euch und in Brüssel. Wir machen Einiges "dicht" aber Andere machen zugleich noch viel mehr neu dazu auf und die Welt "stirbt" trotzdem nicht...

Bis heute ist die SPD darin nur der "DACKEL" hinter den Manipulationen und Betrugereien mit "lukrativer Familienversorgung" von Habeck und dem immer noch die Fäden im Hintergrund ziehenden Patrick Graichen. Pure Machtgier frisst Hirn und Vernunft. Habecks Weg der "Vernichtung des heutigen Deutschlands" und sein unübersehbarer Weg in einen "Klima- und ökofaschistisch geprägten Zukunfts-Staat" wird von dieser "grünblinden" SPD so leider aktiv unterstützt.

Dies ebenso von einer schauspielend taktierenden Bundes-FDP, vom "Theater-Regisseur" Christian Lindner. Mindestens 80% der Bundesbürger finden das GEG falsch und protestieren. Doch IHR wollt offenbar der AfD "erfolgreich" auf 40-45% Wähleranteil hochhelfen, um sie dann möglichst einfach "verbieten" zu lassen? Sorry aber SO macht man ein Land nur massiv kaputt und schürt immer größere Wut bei vielen Bürgern.

So wie das Ganze GEG ablief, mit erst Zank, Stillstand, dann plötzlich "Jubel-Einigung" und nun extremstes TEMPO, ist dieses GEG ein völlig ABGEKARTETES SPIEL, um die Bürger zu betrügen! Nochmal lieber Kevin, für WIE DUMM haltet Ihr die Bürger???

Bis heute hat NIEMAND diese offenbare "Graichen-Zahl" 65% EE im Gesetz erklären können und wollen. Der entscheidende "Schlüsselwert" eines ganzen Gesetztes wird hier einfach so totgeschwiegen. Dies übrigens auch von all den vielen Journalisten beim ÖRR und in den allermeisten Zeitungen. Ein sprichwörtlicher "KLEINDIENST an Hofberichterstattung" ist unübersehbar und widert an. Hoffentlich zerlegen gute Kläger diese irre Willkür wenigstens dann vor dem Bundesverfassungsgericht in einem Eilverfahren!

Das ganze GEG hat schon eine Unmenge irrer Fehlannahmen und kostet sowohl Bürger, als auch den Staat als "Bezuschusser" mehr Geld, als überhaupt für Alle nachher jahrzehntelang aufbringbar ist. "Mittendrin" werden dann die Zuschüsse versiegen müssen, wenn es mit der deutschen Industrie und den Steuereinnahmen, erst mal bergab geht.

DAZU diese Konzentration auf künftige WÄRMENETZE? Jedes Wärmenetz braucht genügend große, einspeisende Wärmekraftwerke. Sonst sind all die teuren Rohre und Leitungen sinnlos. Genau diese dann nötigen Wärmekraftwerke, wollt Ihr jedoch gleichzeitig, mit dem Verbot von Kohle, Öl und Gas, bis 2045 allesamt komplett abschaffen! Ja, WAS denn nun??? Merkt Ihr denn gar nichts mehr???

Dazu besteht keinerlei konkrete Planung, was aus den auch kulturell identitätsschaffenden deutschen Fachwerk-Altstädten künftig werden soll? Zudämmen oder gleich abreißen für "Nullenergiehäuser"? Die seligen "Schildbürger" waren gegen Euch ("Grünrotgelb") noch wirklich wahre "Geistesgrößen" gewesen. Künftige Generationen habe zumindest noch Jahrhunderte vor sich, um über Euch dann dauerhaft zu lachen:

Die "HEIZ-AMPEL-IDIOTEN" als "Schildbürger 2.0" für alle Zukunft...

Mit "nicht freundlichen und stattdessen wirklich wütenden" Grüßen

Werner Eisenkopf

Schulstr. 53

65594 Runkel

SPD-Mitglied seit 1985

"Klima-NICHTLEUGNER!" und selbst Autor klimatischer historischer Daten-Zusammenstellungen zu Ahrtal und Rhein *)

P.S.; Besonders die MdBs der SPD aus Hessen und Bayern, sollen dies nun jeden Tag vorgehalten bekommen. Entweder man ist für die Bürger da oder ein williger braver "Stimm-Dackel" für Habeck&Co. im Bundestag!

*) Ahrtal + Rhein:

xxx

Boom bei Öl und Gas: Konzerne treiben Offshore-Exploration massiv voran

GREGOR UHLIG, 05.07.2023

Die großen Ölkonzerne verstärken die Offshore-Exploration von Öl und Gas. Sie versprechen sich davon höhere Renditen als von Investitionen in alternative Energien. Wind und Sonne müssen warten.

Die Gasförderplattform Troll A vor der norwegischen Westküste ist die weltgrößte Bohrinsel. Offshore-Investitionen erleben derzeit einen Boom. (Foto: dpa)



Die großen Ölkonzerne verstärken ihre Investitionen in die Offshore-Exploration von Öl und Gas. Sie erwarten sich von den bewährten Technologien stabilere Geschäfte und wesentlich höhere Gewinne als von Investitionen in alternative Energien, wie das Branchenportal Oilprice.com [berichtet](#).

Die größten europäischen Ölkonzerne haben drei Jahre damit verbracht, die Investoren davon zu überzeugen, dass sie die Öl- und Gasproduktion nicht weiter ausbauen und stattdessen mehr in erneuerbare Energien investieren wollen. Doch die Energiekrise des letzten Jahres hat gezeigt, wie stark die Nachfrage nach Öl und Gas weiterhin ist, und die Konzerne haben ihre Strategie geändert. Die großen US-Konzerne hatten ohnehin kaum in Wind- und Solarenergie investiert.

BP und Shell vollziehen Kehrtwende

Die jüngsten Strategieänderungen von BP und Shell signalisieren, dass die Öl- und Gasproduktion dieser Unternehmen ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat und in diesem Jahrzehnt weiter ansteigen wird.

So [erklärte](#) Shell im Juni, dass das Unternehmen sein Gasgeschäft ausbauen wird. "In unserem Upstream-Geschäft hat Deep Water eine nachgewiesene Erfolgsbilanz von nachhaltigen Cashflows aus margenstarken, kohlenstoffärmeren Sorten", sagte Zoë Yujnovich, Integrated Gas and Upstream Director bei Shell, auf dem Capital Markets Day 2023 von Shell.

"Wir werden weiterhin in Öl und Gas investieren müssen, um sicherzustellen, dass die Energiewende ausgewogen verläuft und eine sichere Versorgung mit erschwinglicher und zunehmend kohlenstoffärmerer Energie gewährleistet ist", sagte Yujnovich, der davon ausgeht, dass die Gesamtproduktion von Shell ab 2025 steigen wird.

Eine interessante Gelegenheit bietet sich Yujnovich zufolge vor der Küste Namibias, wo Shell seine Explorationsbemühungen fortsetzen wird, nachdem das Unternehmen in den vergangenen zwei Jahren bereits drei Entdeckungen im Orange Basin gemacht hat.

Der französische Großkonzern TotalEnergies hatte Anfang letzten Jahres im Oranje-Becken ebenfalls eine bedeutende Entdeckung von Leichtöl mit Begleitgas gemacht. Das Venus-Projekt in Namibia könnte eine "riesige Öl- und Gasentdeckung" sein, [sagte](#) TotalEnergies in einer Investorenpräsentation im vergangenen September.

Steigende Nachfrage nach Offshore-Bohrinseln

"Die Explorationsindustrie erlebt weiterhin eine hervorragende Serie von bedeutenden Funden in vielen Teilen der Welt", sagte letzte Woche Andrew Latham, Senior Vice President Energy Research bei Wood Mackenzie. "Die Branche bleibt sehr dynamisch und diese anerkannten Unternehmen sowie viele andere liefern weiterhin vorteilhafte Ressourcen, die das weniger nachhaltige Angebot verdrängen können."

Die Auslastung der Bohrinseln in der Tiefsee steigt und damit auch die Kosten, da die Unternehmen ihre Explorationsaktivitäten verstärken, so WoodMac in einem [Bericht](#) vom letzten Monat. Die Auslastung der Bohrinseln hat wieder das Niveau von vor Corona erreicht, was die Preise im vergangenen Jahr um 40 Prozent in die Höhe getrieben hat, und die Nachfrage wird zwischen 2024 und 2025 um weitere 20 Prozent steigen, so das Beratungsunternehmen.

"Höhere Ölpreise, der Fokus auf Energiesicherheit und die Emissionsvorteile von Tiefseebohrungen haben die Entwicklung von Tiefseebohrungen unterstützt und in gewissem Maße die Exploration angekurbelt", sagte Leslie Cook, Chefanalystin bei Wood Mackenzie. "Wir gehen davon aus, dass die Nachfrage weiter steigen wird".

Der größte Teil des erwarteten Bohrungswachstums und der Nachfrage nach Offshore-Bohranlagen dürfte aus dem so genannten "Goldenen Dreieck" Lateinamerika, Nordamerika und Afrika sowie aus Teilen des Mittelmeerraums kommen. Auf diese Gebiete werden laut Wood Mackenzie bis zum Jahr 2027 rund 75 Prozent der weltweiten Nachfrage nach schwimmenden Bohrinseln entfallen.

"Wir befinden uns in einem Zyklus"

SLB, der weltweit größte Ölfelddienstleister, ist optimistisch. "Heute ist der Offshore-Markt der am schnellsten wachsende Markt weltweit, angetrieben von langzyklischen Entwicklungen, Erweiterungen der Produktionskapazitäten, der Rückkehr der Exploration und Bewertung von Brachflächen und neuen Gebieten sowie der Bedeutung von Gas als langfristige Brennstoff für die Energiesicherheit", sagte SLB-Chef Olivier Le Peuch letzten Monat auf der J.P. Morgan Energy, Power & Renewables Conference 2023.

"Offshore erlebt eine Renaissance, mit einer beträchtlichen Breite und einer erwarteten Dauerhaftigkeit", fügte Le Peuch hinzu. SLB rechnet damit, dass die Ausgaben für die Offshore-Exploration in diesem Jahr um mehr als 20 Prozent steigen werden. "Wir befinden uns inmitten eines ausgeprägten Zyklus, dessen Qualitäten die langfristigen Aussichten für unsere Branche verbessern", so Le Peuch.

Die Internationale Energieagentur (IEA) **geht davon aus**, dass die weltweiten Upstream-Investitionen in die Exploration, Förderung und Produktion von Erdöl und Erdgas dieses Jahr um 11 Prozent im Vergleich zum vergangenen Jahr steigen werden und 528 Milliarden Dollar erreichen werden - das ist der höchste Stand seit dem Jahr 2015.

xxx

AfD jetzt auch in Brandenburg stärkste Kraft

WELT, Lena Mosel, Carsten Hädler, 04.07.2023

Die AfD hat in einer Insa-Umfrage einen neuen Rekordwert erreicht. Zudem fühlt sich die Partei durch Äußerungen von Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang im politischen Wettbewerb benachteiligt und will sich dagegen juristisch zur Wehr setzen.

Laut einer neuen Insa-Umfrage erreicht die AfD in Brandenburg 28 Prozent – sieben Prozentpunkte mehr als die regierende SPD. Auch bundesweit nimmt der Zuspruch für die Partei weiter zu, sie verringert ihren Abstand auf die Union.

Anzeige

Die AfD ist in Brandenburg einer Umfrage zufolge derzeit stärkste Kraft. In einer am Dienstag veröffentlichten Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Insa für die „Bild“ kommt die AfD auf 28 Prozent. Das wären viereinhalb Prozentpunkte mehr als bei der Wahl 2019. Die SPD von Ministerpräsident Dietmar Woidke liegt in der Umfrage bei 21 Prozent und damit gut fünf Prozentpunkte unter ihrem Wahlergebnis von vor vier Jahren.

Die CDU erreicht 18 Prozent. Die Grünen kommen auf neun Prozent, die Linke auf zehn Prozent und die Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler auf fünf Prozent. Die FDP liegt nur bei drei Prozent. Die derzeit regierende Koalition aus SPD, CDU und Grünen kommt in der Umfrage zusammen auf 48 Prozent und hätte damit weiterhin eine parlamentarische Mehrheit. Die nächste Landtagswahl in Brandenburg findet am 22. September 2024 statt.

Auch in Thüringen, wo im Herbst 2024 gewählt wird, lag die AfD in jüngsten Umfragen vorn. Ein ähnliches Bild bot sich im vergangenen Jahr in Umfragen für Sachsen, wo am 1. September 2024 gewählt wird.

Insa befragte vom 26. Juni bis zum 3. Juli insgesamt 1000 Bürger in Brandenburg. Auch in früheren Umfragen, zuletzt von Insa für den „Nordkurier“ im April, war die AfD in Brandenburg bereits stärkste Kraft. In einer Erhebung von Infratest dimap für den Rundfunk Berlin-Brandenburg lag die AfD in dem Bundesland gleichauf mit der CDU.

AfD erreicht bundesweit neuen Rekordwert – Vorsprung der Union verringert sich

Die AfD hat in einer bundesweiten Insa-Umfrage einen neuen Rekordwert erreicht und liegt nun demnach 4,5 Prozentpunkte hinter der Union. Der Meinungstrend für die „Bild“ beziffert die Zustimmung zur AfD laut Vorabbericht auf 21 Prozent (plus 0,5 Prozentpunkte) und zur CDU/CSU auf 25,5 Prozent (minus ein Punkt).

Die SPD kommt auf 19 Prozent (minus 0,5 Prozent) und die Grünen auf 14,5 Prozent (plus ein Prozent). Die FDP stagniert demnach bei 6,5 Prozent, die Linke legt 0,5 Punkte auf fünf Prozent zu.

Die einzig zwei möglichen Regierungsoptionen seien eine Deutschland-Koalition aus CDU/CSU, SPD und FDP, die auf 51 Prozent der Wählerstimmen käme, sowie eine Jamaika-Koalition aus Union, Grünen und FDP mit 46,5 Prozent, hieß es.

xxx

Abschied von der demokratischen Souveränität

Die AfD wird immer stärker, weil ihre Gegner ins rechte Lager gewechselt sind.
Oskar Lafontaine



Die etablierten Parteien und Medien sind ratlos. Obwohl sie die AfD mit harten Bandagen bekämpfen, wird diese immer stärker. In Sonneberg im Süden Thüringens wurde jetzt der Rechtsanwalt und AfD-Politiker Robert Sesselmann zum Landrat gewählt. «Sprit teurer, Strom teurer, Gas teurer, Essen teurer – nur die Ausreden werden immer billiger» plakatierte die AfD und forderte «Diplomatie statt Waffen». Mit solchen Plakaten oder Forderungen hätten früher SPD, Grüne oder die Linke Wahlkämpfe geführt. Und sie zeigen schlagartig, warum diese Parteien immer mehr Wähler verlieren. Sie haben die Interessen grösserer Teile der Bevölkerung aus dem Auge verloren.

Um den Höhenflug der AfD zu stoppen, müssten die Ampelparteien wieder Politik für die Mehrheit machen und der verbliebene Rest der Linkspartei, der grüner als die Grünen werden will, den Befund des Sozialwissenschaftlers Klaus Dörre zur Kenntnis nehmen, dass die Grünen bei den Arbeitern geradezu verhasst sind. Nirgendwo in Deutschland arbeitet ein grösserer Teil der Arbeitnehmer für den Mindestlohn als in Sonneberg, und ein geringer Mindestlohn bedeutet auch immer weniger Rente und weniger Sicherheit.

«Respekt für Dich»

Am Tag nach der Wahl des AfD-Politikers zum Landrat gab die Mindestlohnkommission bekannt, dass der Mindestlohn von 12 Euro im nächsten Jahr auf Euro 12,41 und 2025 auf Euro 12,82 steigen soll. Die EU-Richtlinie für angemessene Mindestlöhne empfiehlt eine Höhe von 60 Prozent des Median-Einkommens. Das wären für Deutschland Euro 13,50.

Bei der Bundestagswahl 2021 hatte die SPD Plakate geklebt, auf denen der spätere Kanzler Olaf Scholz mit dem Versprechen «Respekt für Dich» warb. Man kann sich vorstellen, was die Mindestlöhner im Landkreis Sonneberg gedacht haben, als sie hörten, dass ihr Lohn im kommenden Jahr um 3,4 Prozent und im Januar 25 um 3,3 Prozent steigen soll, nachdem die Lebensmittelpreise um 20 Prozent gestiegen und die Energiepreise geradezu explodiert sind.

Sie fühlten sich sicherlich nicht respektiert, sondern gedemütigt und verachtet. Hätte die Kommission ihren Vorschlag vor der Landratswahl veröffentlicht, dann hätte der AfD-Mann noch besser abgeschnitten.

Jetzt prüft das Landesverwaltungsamt in Thüringen, ob Sesselmann als Landrat geeignet ist, auch weil Thüringens AfD vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird. Dieses Vorgehen hilft nur der AfD. Je unfairer man diese Partei behandelt, umso eher sind Leute, die ein Gefühl für Fairness haben, bereit, sie trotz inhaltlicher Bedenken zu wählen. Politisch dumm ist es auch, dass der Deutsche Bundestag bis zum heutigen Tage jeden Kandidaten der AfD für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten durchfallen lässt.

Seit Einführung der Cancel-Culture sind die Parallelen zu autoritären Staaten nicht mehr zu übersehen.

Und weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der von den etablierten Parteien beherrscht wird, die AfD unverhältnismässig benachteiligt, trägt auch er zum Erstarken der AfD bei. Alle gegen einen, das wollen die Leute nicht.

Die Bekämpfung der rechten AfD wird aber vor allem deshalb immer schwieriger, weil ihre Gegner längst selbst ins rechte Lager gewechselt sind. Nicht nur wegen der neoliberalen Wirtschaftsdeologie, die die Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD ebenso prägt wie die der Ampelparteien und der CDU. Man denke nur an die Sozialkürzungen in Berlin-Neukölln mit der Reduzierung der Hilfe für Obdachlose, der Einschränkung der Schulreinigung und der Schliessung von Jugend-Freizeiteinrichtungen.

Klassisch rechts sind auch die wachsende Kriegsbegeisterung, die Rufe nach einem autoritären Staat und die Verbotskultur – ob sie nun Gasheizungen, Verbrennungsmotoren oder die freie Äusserung nicht regierungskonformer Meinungen trifft. Das Sende- und Verbreitsverbot für RT Deutsch ist sicher kein Ausdruck demokratischer Souveränität.

Spätestens seit Einführung der Cancel-Culture, dem Verbot von Veranstaltungen und der Hetze gegen Andersdenkende sind die Parallelen zu autoritären Staaten nicht mehr zu übersehen. Zwar werden keine Bücher verbrannt, und wer sich dem Mainstream entgegenstellt, erhält auch kein staatliches Publikationsverbot, aber er wird von den Leitmedien gemieden und kommt in den Talkshows allenfalls dann noch zu Wort, wenn seine falsche Meinung von drei oder vier Gleichgesinnten gezeigelt werden soll.

Militarismus und Feindbildaufbau

Gäbe es die von den Mainstream-Medien als Verbreiter von Desinformation und Verschwörungstheorien geächteten sozialen Medien nicht, wären die Gleichgesinnten oder Gleichgeschalteten unter sich. Wie verheerend und demokratiegefährdend sich das auswirken kann, haben wir in der Corona-Krise erlebt. Obwohl nach wenigen Monaten deutlich wurde, dass fast alle Aussagen über die Wirkung der neuen Impfstoffe falsch waren, dauerte es zwei Jahre, bis das Lügengebäude zusammenbrach. Zeitweise war die Stimmung so aufgeheizt, dass man befürchten musste, der Deutsche Bundestag beschliesse, alle Ungeimpften in Lager zu sperren oder auszuweisen. Seit dem Ukraine-Krieg triumphieren Militarismus und Feindbildaufbau. Keine der kriegsbefürwortenden Bundestagsparteien könnte, wie die AfD, plakativ: «Diplomatie statt Waffen», auch die Linke nicht, weil ihre führenden Politiker in Berlin, Thüringen und Bremen durch die Beteiligung an der jeweiligen Landesregierung zur Nato-Treue erzogen wurden.

Und wer mit Verehrern des Nazikollaborateurs und tausendfachen Judenmörders Stepan Bandera problemlos kooperiert und ihnen vorbehaltlos Unterstützung verspricht, hat Glaubwürdigkeitsprobleme, wenn er «Faschisten» wie Björn Höcke bekämpfen will.

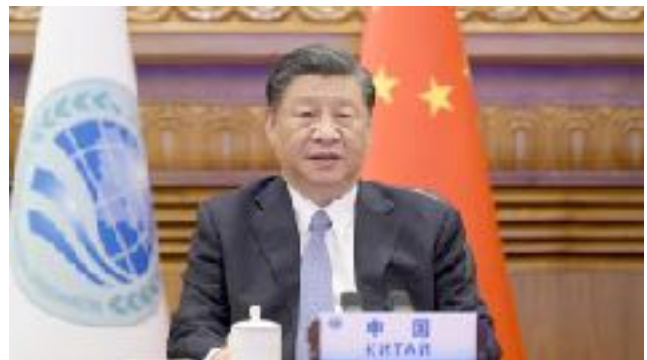
Oskar Lafontaine ist ehemaliger Vorsitzender der SPD und Finanzminister Deutschlands a. D.

xxx

Chinas Rohstoffkontrollen sind „erst der Anfang“

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN,
05.07.2023

Der Ton im Handelsstreit zwischen China und den USA wird schärfer. Ein führender chinesischer Politiker lobte die jüngsten Export-Beschränkungen kritischer Rohstoffe als „harten Schlag“ und kündigte weitere Maßnahmen an.



Xi Jinping, Präsident von China, spricht beim virtuellen Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). (Foto: dpa)

Einen Tag vor dem Besuch der US-Finanzministerin Janet Yellen in China wird der Ton zwischen den beiden Staaten rauer. Die Exportkontrollen für bestimmte Rohstoffe für die Chip-Produktion seien ein „gut durchdachter harter Schlag“ und „erst der Anfang“, sagte der ehemalige stellvertretende chinesische Handelsminister Wei Jianguo der regierungsnahen Zeitung „China Daily“ am Mittwoch. Er ist ein einflussreicher Berater der Regierung in Peking.

„Wenn die Restriktionen gegen den chinesischen Hochtechnologiesektor fortgesetzt werden, werden die Gegenmaßnahmen eskalieren.“ Zudem veröffentlichte die staatliche chinesische Zeitung „Global Times“ einen Leitartikel, in dem die Exportkontrollen für bestimmte Metalle als „praktikabler Weg“ gelobt wurden. Sie zeigten den USA und ihren Verbündeten, dass es sich bei den Bemühungen, China von fortschrittlichen Technologien fernzuhalten, um eine Fehlalkulation handele.

Handelsstreit zwischen China und USA spitzt sich zu

Ab dem 1. August müssen Firmen für die Ausfuhr von Gallium- und Germanium-Produkte eine Lizenz beantragen. China ist der weltgrößte Lieferant dieser für die Herstellung von Computerchips oder Solar-Paneele notwendigen sogenannten Seltenen Erden.

„Dies ist eindeutig darauf ausgerichtet, der Regierung des US-Präsidenten Joe Biden die nicht ganz so subtile Botschaft zu übermitteln, dass China bei Vorprodukten für die Halbleiter-, Luft- und Raumfahrt-

sowie die Automobilindustrie gute Karten hat und zunehmend bereit ist, US-Unternehmen Schmerzen zuzufügen“, sagte Paul Triolo, China-Experte der Beratungsfirma Albright Stonebridge.

Zuvor hatten die USA unter anderem den Export von Hochleistungschips sowie von Maschinen für deren Produktion eingeschränkt. Außerdem drängen westliche Regierungen wegen Sicherheitsbedenken Telekom-Konzerne dazu, auf den Einsatz von Komponenten chinesischer Hersteller wie Huawei in ihren Mobilfunk-Netzen zu verzichten. Die aktuellen Rohstoffkontrollen sind nicht die erste Vergeltungsmaßnahme Chinas. So verbot die Regierung bestimmten Unternehmen und Organisationen den Einsatz von Chips des US-Herstellers Micron.

Westen blickt mit Sorge auf die Entwicklungen

Westliche Staaten verfolgen die Entwicklung mit sorgenvoller Miene. Zwar gebe es auch in anderen Weltregionen Vorkommen Seltener Erden, erläuterte der ZVEI, der Verband der deutschen Elektro- und Digitalindustrie, am Dienstag. „Allerdings sind zurzeit nur wenige Länder neben China bereit, diese Rohstoffe zu fördern und bis zur industriellen Verwendbarkeit weiterzubearbeiten.“ Der Verband forderte daher, die Abhängigkeit Europas von Rohstoff-Lieferungen zu reduzieren.

Chinesischen Anbietern Seltener Erden bescherte die aktuelle Diskussion den zweiten Tag in Folge Kurssprünge. Die Aktien von Bergbauunternehmen wie Yunnan Lincang Xinyuan oder Yunnan Chihong stiegen um bis zu zehn Prozent. In Australien legten die Titel von Lynas, dem größten Förderer Seltener Erden außerhalb Chinas, zeitweise gut zwei Prozent zu. (dpa)

xxx

Vor uns liegt die Dunkelheit

Russland wird in der Ukraine wohl einen hässlichen Sieg erringen. Die Beziehungen zum Westen dürften lange vergiftet bleiben.

John J. Mearsheimer



Chicago

In diesem Beitrag wird der weitere Verlauf des Ukraine-Krieges untersucht. Ich werde dabei zwei Hauptfragen behandeln.

Erstens _ Ist ein sinnvolles Friedensabkommen möglich? Meine Antwort lautet: Nein. Wir befinden uns in einem Krieg, in dem sich beide Seiten – die Ukraine und der Westen auf der einen sowie Russland auf der anderen Seite – gegenseitig als existenzielle Bedrohung ansehen, die es zu besiegen gilt. Angesichts der maximalistischen Ziele auf beiden Seiten ist es fast unmöglich, einen tragfähigen Friedensvertrag zu schließen. Darüber hinaus bestehen zwischen den beiden Seiten unüberbrückbare Differenzen in Bezug auf das Territorium und die Beziehungen der Ukraine zum Westen. Das bestmögliche Ergebnis wäre ein eingefrorener Konflikt, der jedoch leicht wieder in einen heißen Krieg umschlagen könnte. Im schlimmsten Fall könnte es zu einem Atomkrieg kommen, was zwar unwahrscheinlich ist, aber nicht ausgeschlossen werden kann.

Zweitens _ Welche Seite wird wahrscheinlich den Krieg gewinnen? Russland wird den Krieg letztlich gewinnen, auch wenn es die Ukraine nicht entscheidend besiegen wird. Mit anderen Worten, es wird nicht die gesamte Ukraine erobern, was aber notwendig wäre, um drei der Ziele Moskaus zu erreichen: den Sturz des Regimes, die Entmilitarisierung des Landes sowie den Abbruch der Sicherheitsbeziehungen zwischen Kiew und dem Westen. Am Ende wird es jedoch einen grossen Teil des ukrainischen Territoriums annektieren und die Ukraine in einen dysfunktionalen Rumpfstaat verwandeln. Mit anderen Worten: Russland wird einen hässlichen Sieg erringen.

Bevor ich direkt auf diese Fragen eingehe, sind drei Vorbemerkungen angebracht. Zunächst einmal versuche ich, die Zukunft vorherzusagen, was angesichts der Tatsache, dass wir in einer unsicheren Welt leben, nicht einfach ist. Ich behaupte also nicht, dass ich im Besitz der Wahrheit bin; tatsächlich könnten sich einige meiner Behauptungen als falsch erweisen. Ausserdem sage ich nicht, dass das geschehen soll, was ich gerne hätte. Ich spreche mich weder für die eine noch für die andere Seite aus. Ich sage Ihnen lediglich, was meiner Meinung nach im weiteren Verlauf des Krieges geschehen wird.

Schliesslich rechtfertige ich weder das russische Verhalten noch die Handlungen der an dem Konflikt beteiligten Staaten. Ich erkläre nur ihre Handlungen.

Lassen Sie mich nun zum Inhalt kommen.

Tödliche Bedrohung für Russland

Um zu verstehen, wohin der Krieg in der Ukraine führt, muss man zunächst die gegenwärtige Situation bewerten. Es ist wichtig zu wissen, wie die drei Hauptakteure – Russland, die Ukraine und der Westen – über ihr Bedrohungsumfeld denken und ihre Ziele konzipieren. Wenn wir über den Westen sprechen, meinen wir in erster Linie die Vereinigten Staaten, denn die europäischen Verbündeten erhalten ihre Marschbefehle von Washington, wenn es um die Ukraine geht. Es ist auch wichtig, die gegenwärtige Situation auf dem Schlachtfeld zu verstehen. Lassen Sie mich mit Russlands Bedrohungsumfeld und seinen Zielen beginnen.

Ich spreche mich weder für die eine noch für die andere Seite aus. Ich sage lediglich, was geschehen wird.

Seit April 2008 ist klar, dass die russische Führung die Bemühungen des Westens, die Ukraine in die Nato einzubinden und sie zu einem westlichen Bollwerk an den Grenzen Russlands zu machen, als existenzielle Bedrohung ansieht. In den Monaten vor der russischen Invasion, als ihnen klar wurde, dass die Ukraine de facto fast ein Mitglied der Nato war, haben Präsident Wladimir Putin und seine Stellvertreter diesen Punkt wiederholt angesprochen. Seit Beginn des Krieges am 24. Februar 2022 hat der Westen dieser existenziellen Bedrohung eine weitere Ebene hinzugefügt, indem er eine Reihe neuer Ziele verfolgt, die die russische Führung als äusserst bedrohlich ansehen muss. Auf die Ziele des Westens werde ich weiter unten noch näher eingehen, aber es genügt hier zu sagen, dass der Westen entschlossen ist, Russland zu besiegen und aus den Reihen der Grossmächte zu verdrängen, wenn nicht sogar einen Regimewechsel herbeizuführen oder Russland zum Auseinanderbrechen zu bringen, wie es in der Sowjetunion 1991 geschah.

In einer grossen Rede, die Putin im Februar 2023 hielt, betonte er, dass der Westen eine tödliche Bedrohung für Russland darstelle. «In den Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion», so Putin, «hat der Westen unablässig versucht, die postsowjetischen Staaten in Brand zu setzen und vor allem Russland als den grössten überlebenden Teil der historischen Ausdehnung unseres Staates zu vernichten. Sie ermutigten internationale Terroristen, uns anzugreifen, provozierten regionale Konflikte entlang unseren Grenzen, ignorierten unsere Interessen und versuchten, unsere Wirtschaft einzudämmen und zu unterdrücken.» Er betonte weiter: «Die westlichen Eliten machen keinen Hehl aus ihrem Ziel, das, ich zitiere, «Russlands strategische Niederlage» ist. Was bedeutet das für uns? Es bedeutet, dass sie planen, uns ein für alle Mal zu erledigen.» Putin fuhr fort: «Dies stellt eine existenzielle Bedrohung für unser Land dar.» Die russische Führung sieht auch das Regime in Kiew als Bedrohung für Russland an, nicht nur, weil es eng mit dem Westen verbündet ist, sondern auch, weil sie es als Nachkommen der faschistischen ukrainischen Streitkräfte betrachtet, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite Nazideutschlands gegen die Sowjetunion gekämpft haben.

Russland muss diesen Krieg gewinnen, da es glaubt, dass sein Überleben bedroht ist. Doch wie sieht ein Sieg aus? Bevor der Krieg im Februar 2022 begann, war das ideale Ergebnis, die Ukraine in einen neutralen Staat zu verwandeln und den Bürgerkrieg im Donbass zu beenden, in dem die ukrainische Regierung gegen ethnische Russen und russischsprachige Menschen kämpfte, die eine grössere Autonomie, wenn nicht gar Unabhängigkeit für ihre Region anstrebten. Es scheint, dass diese Ziele im ersten Monat des Krieges noch realistisch waren und tatsächlich die Grundlage für die Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau im März 2022 in Istanbul bildeten. Hätten die Russen diese Ziele damals erreicht, wäre der jetzige Krieg entweder verhindert oder schnell beendet worden.

Aber ein Abkommen, das die Ziele Russlands erfüllt, ist nicht mehr zu erwarten. Die Ukraine und die Nato sind auf absehbare Zeit aneinandergekettet, und keiner von beiden ist bereit, die ukrainische Neutralität zu akzeptieren. Darüber hinaus ist das Regime in Kiew der russischen Führung ein Dorn im Auge, und sie will es loswerden. Sie sprechen nicht nur von der «Entnazifizierung» der Ukraine, sondern auch von ihrer «Entmilitarisierung» – zwei Ziele, die vermutlich die Eroberung der gesamten Ukraine, die Kapitulation ihrer Streitkräfte und die Einsetzung eines freundlichen Regimes in Kiew erfordern würden.

Ein entscheidender Sieg dieser Art ist aus einer Reihe von Gründen nicht zu erwarten. Die russische Armee ist für eine solche Aufgabe, die wahrscheinlich mindestens zwei Millionen Mann erfordern würde, nicht gross genug. Tatsächlich hat die bestehende russische Armee Schwierigkeiten, den gesamten Donbass zu erobern. Ausserdem würde der Westen enorme Anstrengungen unternehmen, um Russland daran zu hindern, die gesamte Ukraine zu erobern. Schliesslich würden die Russen am Ende riesige Gebiete besetzen, die stark von ethnischen Ukrainern bewohnt sind, die die Russen verabscheuen und sich heftig gegen die Besetzung wehren würden. Der Versuch, die gesamte Ukraine zu erobern und sie dem Willen Moskaus zu unterwerfen, würde mit Sicherheit in einer Katastrophe enden.

Abgesehen von der Rhetorik über die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine bestehen die konkreten Ziele Russlands darin, einen grossen Teil des ukrainischen Territoriums zu erobern und zu annektieren und gleichzeitig die Ukraine in einen dysfunktionalen Rumpfstaat zu verwandeln. Dadurch wäre die Fähigkeit der Ukraine, einen Krieg gegen Russland zu führen, stark eingeschränkt und es wäre unwahrscheinlich, dass sie sich für eine Mitgliedschaft in der EU oder der Nato qualifiziert. Ausserdem wäre eine zerrüttete Ukraine besonders anfällig für eine russische Einmischung in die Innenpolitik des Landes. Kurz gesagt, die Ukraine wäre keine westliche Bastion an der Grenze zu Russland.

Drei Anreize

Wie würde dieser dysfunktionale Rumpfstaat aussehen? Moskau hat die Krim und vier weitere ukrainische Oblaste – Donezk, Cherson, Luhansk und Saporischschja – offiziell annektiert, die zusammen etwa 23 Prozent des ukrainischen Territoriums vor Ausbruch der Krise im Februar 2014 ausmachen. Die russische Führung hat betont, dass sie nicht die Absicht hat, dieses Gebiet aufzugeben, das zum Teil noch nicht unter russischer Kontrolle steht. Es gibt sogar Grund zu der Annahme, dass Russland weiteres ukrainisches Territorium annektieren wird, wenn es militärisch in der Lage ist, dies zu einem vertretbaren Preis zu tun. Es ist jedoch schwierig, zu sagen, wie viel zusätzliches ukrainisches Territorium Moskau annektieren will, wie Putin selbst deutlich macht.

Das russische Denken wird wahrscheinlich von drei Annahmen beeinflusst. Moskau hat einen starken Anreiz, ukrainisches Territorium zu erobern und dauerhaft zu annektieren, das stark von ethnischen Russen und russischsprachigen Menschen bevölkert ist. Es will sie vor der ukrainischen Regierung schützen – die allem Russischen gegenüber feindlich gesinnt ist – und sicherstellen, dass es nirgendwo in der Ukraine zu einem Bürgerkrieg kommt, wie er zwischen Februar 2014 und Februar 2022 im Donbass stattgefunden hat. Gleichzeitig wird Russland vermeiden wollen, Gebiete zu kontrollieren, die grösstenteils von feindlich gesinnten, ethnischen Ukrainern bewohnt werden, was einer weiteren russischen Expansion erhebliche Grenzen setzt. Um die Ukraine in einen dysfunktionalen Rumpfstaat zu verwandeln, muss Moskau beträchtliche Teile des ukrainischen Territoriums einnehmen, damit es in der Lage ist, der Wirtschaft des Landes erheblichen Schaden zuzufügen. Die Kontrolle der gesamten ukrainischen Küstenlinie entlang dem Schwarzen Meer beispielsweise würde Moskau einen erheblichen wirtschaftlichen Einfluss auf Kiew verschaffen.

Diese drei Berechnungen legen nahe, dass Russland wahrscheinlich versuchen wird, die vier Oblaste Dnjepropetrowsk, Charkiw, Mykolajiw und Odessa zu annektieren, die unmittelbar westlich der vier bereits annektierten Oblaste Donezk, Cherson, Luhansk und Saporischschja liegen. In diesem Fall würde Russland etwa 43 Prozent des ukrainischen Territoriums vor 2014 kontrollieren. Dmitri Trenin, ein führender russischer Stratege, schätzt, dass die russische Führung versuchen würde, noch mehr ukrainisches Territorium zu erobern, indem sie in der Nordukraine nach Westen bis zum Fluss Dnjepr vordringt und den Teil von Kiew einnimmt, der am Ostufer dieses Flusses liegt. Er schreibt, dass «ein logischer nächster Schritt» nach der Einnahme der gesamten Ukraine von Charkiw bis Odessa «darin bestünde, die russische Kontrolle auf die gesamte Ukraine östlich des Dnjepr auszudehnen, einschliesslich des Teils von Kiew, der am Ostufer des Flusses liegt. In diesem Fall würde der ukrainische Staat auf die zentralen und westlichen Regionen des Landes schrumpfen.»

Russische Schwäche

Es mag heute schwer zu glauben sein, aber bevor die Ukraine-Krise im Februar 2014 ausbrach, sahen die westlichen Staats- und Regierungschefs Russland nicht als Sicherheitsbedrohung an. So sprachen die Staats- und Regierungschefs der Nato auf dem Gipfeltreffen des Bündnisses 2010 in Lissabon mit dem russischen Präsidenten über «eine neue Phase der Zusammenarbeit auf dem Weg zu einer echten strategischen Partnerschaft». Es überrascht nicht, dass die Nato-Erweiterung vor 2014 nicht mit der Eindämmung eines gefährlichen Russlands begründet wurde. Tatsächlich war es die russische

Schwäche, die es dem Westen ermöglichte, Moskau die ersten beiden Tranchen der Nato-Erweiterung in den Jahren 1999 und 2004 aufzudrängen, und die es der Regierung von George W. Bush im Jahr 2008 ermöglichte zu glauben, dass Russland gezwungen werden könnte, den Beitritt Georgiens und der Ukraine zum Bündnis zu akzeptieren. Diese Annahme erwies sich jedoch als falsch, und als 2014 die Ukraine-Krise ausbrach, begann der Westen plötzlich, Russland als gefährlichen Feind darzustellen, den es einzudämmen, wenn nicht gar zu schwächen galt.

Die Hauptakteure glauben gewinnen zu müssen, um nicht schreckliche Konsequenzen zu erleiden.

Seit dem Ausbruch des Krieges im Februar 2022 hat sich die Wahrnehmung Russlands durch den Westen immer weiter verschärft, bis zu dem Punkt, an dem Moskau nun als existenzielle Bedrohung angesehen wird. Die Vereinigten Staaten und ihre Nato-Verbündeten sind tief in den Krieg der Ukraine gegen Russland verstrickt. In der Tat tun sie alles, ausser selber auf die Knöpfe ihrer Waffensysteme zu drücken. Darüber hinaus haben sie sich eindeutig dazu verpflichtet, den Krieg zu gewinnen und die Souveränität der Ukraine aufrechtzuerhalten. Eine Kriegsniederlage hätte also äusserst negative Folgen für Washington und die Nato. Amerikas Ruf als kompetenter und verlässlicher Partner würde schweren Schaden nehmen, was sich auf den Umgang der Verbündeten wie auch der Gegner – insbesondere Chinas – mit den Vereinigten Staaten auswirken würde. Zudem ist praktisch jedes europäische Land, das der Nato angehört, der Ansicht, dass das Bündnis ein unersetzlicher Sicherheitsschirm ist. Die Möglichkeit, dass die Nato im Fall eines Sieges Russlands in der Ukraine schwer geschädigt – vielleicht sogar zerstört – werden könnte, gibt daher Anlass zu tiefer Besorgnis unter ihren Mitgliedern.

Darüber hinaus wird der Krieg in der Ukraine von führenden westlichen Politikern häufig als integraler Bestandteil eines grösseren globalen Kampfes zwischen Autokratie und Demokratie dargestellt, der in seinem Kern manichäisch ist. Hinzu kommt, dass die Zukunft der unantastbaren, auf Regeln basierenden internationalen Ordnung angeblich davon abhängt, ob man sich gegen Russland durchsetzt. Wie König Charles III. im März 2023 sagte: «Die Sicherheit Europas und unsere demokratischen Werte sind bedroht.» In ähnlicher Weise heisst es in einer im April im US-Kongress eingebrachten Resolution: «Die Interessen der Vereinigten Staaten, die Sicherheit Europas und die Sache des internationalen Friedens hängen von einem ukrainischen Sieg ab.» Ein kürzlich erschienener Artikel in der *Washington Post* fasst zusammen, wie der Westen Russland als existenzielle Bedrohung behandelt: «Die Führer der mehr als fünfzig anderen Länder, die die Ukraine unterstützen, haben ihre Unterstützung als Teil eines apokalyptischen Kampfes um die Zukunft der Demokratie und der internationalen Rechtsstaatlichkeit gegen Autokratie und Aggression dargestellt, den zu verlieren sich der Westen nicht leisten kann.»

Position der Nato

Wie klar sein sollte, ist der Westen fest entschlossen, Russland zu besiegen. Präsident Biden hat wiederholt erklärt, dass die Vereinigten Staaten in diesem Krieg gewinnen wollen. «Die Ukraine wird niemals ein Sieg für Russland sein.» Er muss mit einem «strategischen Scheitern» enden. Washington, so betonte er, werde so lange im Kampf bleiben, «wie es nötig ist». Konkret geht es darum, Russlands Armee in der Ukraine zu besiegen – und damit seine territorialen Gewinne zu vernichten – sowie seine Wirtschaft mit tödlichen Sanktionen lahmzulegen. Im Erfolgsfall würde Russland aus dem Kreis der Grossmächte verdrängt und so weit geschwächt, dass es nicht mehr mit einer erneuten Invasion in der Ukraine drohen könnte. Die westliche Führung verfolgt weitere Ziele, darunter einen Regimewechsel in Moskau, die Verurteilung Putins als Kriegsverbrecher und möglicherweise die Aufteilung Russlands in kleinere Staaten.

Gleichzeitig ist der Westen nach wie vor entschlossen, die Ukraine in die Nato aufzunehmen, auch wenn innerhalb des Bündnisses Uneinigkeit darüber herrscht, wann und wie dies geschehen soll. Jens Stoltenberg, der Generalsekretär der Nato, erklärte auf einer Pressekonferenz in Kiew im April 2023, dass «die Position der Nato unverändert bleibt und die Ukraine Mitglied des Bündnisses werden wird». Gleichzeitig betonte er: «Der erste Schritt auf dem Weg zu einer Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato besteht darin, sicherzustellen, dass die Ukraine sich durchsetzt, und deshalb haben die USA und ihre Partner die Ukraine in beispielloser Weise unterstützt.» Angesichts dieser Ziele ist klar, warum Russland den Westen als existenzielle Bedrohung ansieht.

Es besteht kein Zweifel, dass die Ukraine einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt ist, da Russland darauf aus ist, das Land zu zerstückeln und dafür zu sorgen, dass der überlebende Rumpfstaat nicht nur wirtschaftlich schwach ist, sondern auch weder de facto noch de jure Mitglied der Nato ist. Es steht auch ausser Frage, dass Kiew das Ziel des Westens teilt, Russland zu besiegen und ernsthaft zu schwächen, damit es sein verlorenes Territorium zurückgewinnen und für immer unter ukrainischer Kontrolle halten kann. Wie Präsident Wolodymyr Selenskyj kürzlich zu Chinas Präsidenten Xi Jinping sagte: «Es kann keinen Frieden geben, der auf territorialen Kompromissen beruht.» Die ukrainische Führung setzt sich natürlich weiterhin unerschütterlich für einen Beitritt zur EU und zur Nato ein und will die Ukraine zu einem integralen Bestandteil des Westens machen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die drei Hauptakteure im Ukraine-Krieg alle glauben, einer existenziellen Bedrohung gegenüberzustehen, was bedeutet, dass jeder von ihnen glaubt, den Krieg gewinnen zu müssen, um nicht schreckliche Konsequenzen zu erleiden.

Was die Ereignisse auf dem Schlachtfeld betrifft, so hat sich der Krieg zu einem Zermürbungskrieg entwickelt, bei dem es jeder Seite in erster Linie darum geht, die andere Seite ausbluten zu lassen und zur Kapitulation zu zwingen. Natürlich geht es beiden Seiten auch um die Eroberung von Gebieten, aber dieses Ziel ist zweitrangig gegenüber der Zermürbung der anderen Seite.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2022 hatte das ukrainische Militär die Oberhand und konnte in den Regionen Charkiw und Cherson Gebiete von Russland zurückerobern. Doch Russland reagierte auf diese Niederlagen mit der Mobilisierung von 300 000 zusätzlichen Soldaten, der Umstrukturierung seiner Armee, der Verkürzung der Frontlinien und dem Lernen aus seinen Fehlern. Der Schwerpunkt der Kämpfe im Jahr 2023 lag in der Ostukraine, vor allem in den Regionen Donezk und Saporischschja. Die Russen hatten in diesem Jahr die Oberhand, vor allem weil sie einen erheblichen Vorteil bei der Artillerie haben, der wichtigsten Waffe im Zermürbungskrieg.

Der Vorteil Moskaus zeigte sich in der Schlacht um Bachmut, die mit der Einnahme der Stadt durch die Russen Ende Mai 2023 endete. Obwohl die russischen Streitkräfte zehn Monate brauchten, um die Kontrolle über Bachmut zu erlangen, fügten sie den ukrainischen Streitkräften mit ihrer Artillerie enorme Verluste zu. Kurz darauf, am 4. Juni, startete die Ukraine ihre langerwartete Gegenoffensive an verschiedenen Orten in den Regionen Donezk und Saporischschja. Ziel ist es, die russischen Verteidigungslinien zu durchdringen, den russischen Streitkräften einen empfindlichen Schlag zu versetzen und einen beträchtlichen Teil des ukrainischen Territoriums zurückzuerobern, das sich jetzt unter russischer Kontrolle befindet. Im Wesentlichen geht es darum, die Erfolge der Ukraine in Charkiw und Cherson im Jahr 2022 zu wiederholen.

Es gibt einen Silberstreifen: Ein russischer Sieg verringert die Gefahr eines Atomkrieges deutlich.

Die ukrainische Armee hat bisher kaum Fortschritte bei der Verwirklichung dieser Ziele gemacht und ist stattdessen in tödliche Zermürbungsgefechte mit den russischen Streitkräften verwickelt. Im Jahr 2022 war die Ukraine bei den Feldzügen in Charkiw und Cherson erfolgreich, weil ihre Armee gegen zahlenmässig unterlegene und überforderte russische Streitkräfte kämpfte. Das ist heute nicht der Fall: Die Ukraine greift gegen gutvorbereitete russische Verteidigungslinien an. Aber selbst wenn die ukrainischen Streitkräfte diese Verteidigungslinien durchbrechen, werden die russischen Truppen die Front schnell stabilisieren, und die Zermürbungsschlachten werden weitergehen. Die Ukrainer sind bei diesen Kämpfen im Nachteil, weil die Russen einen erheblichen Vorteil bei der Feuerkraft haben.

Dysfunktionaler Rumpfstaat

Lassen Sie mich von der Gegenwart in die Zukunft blicken und damit beginnen, wie sich die Ereignisse auf dem Schlachtfeld in Zukunft wahrscheinlich entwickeln werden. Wie bereits erwähnt, glaube ich, dass Russland den Krieg gewinnen wird, was bedeutet, dass es am Ende beträchtliche ukrainische Gebiete erobern und annektieren und die Ukraine als dysfunktionalen Rumpfstaat zurücklassen wird. Wenn ich damit richtig liege, wird dies eine schwere Niederlage für die Ukraine und den Westen sein.

Es gibt jedoch einen Silberstreifen am Horizont: Ein russischer Sieg verringert die Gefahr eines Atomkrieges deutlich, da eine nukleare Eskalation am wahrscheinlichsten ist, wenn die ukrainischen Streitkräfte auf dem Schlachtfeld Siege erringen und drohen, alle oder die meisten der Gebiete, die Kiew an Moskau verloren hat, zurückzuerobern. Die russische Führung würde sicherlich ernsthaft über den Einsatz von Atomwaffen nachdenken, um die Situation zu retten. Sollte ich mich irren und das ukrainische Militär die Oberhand gewinnen und beginnen, die russischen Streitkräfte nach Osten zu

drängen, würde die Wahrscheinlichkeit eines Nuklearwaffeneinsatzes erheblich steigen, was aber nicht heisst, dass es wirklich dazu käme.

Worauf stützt sich meine Behauptung, dass die Russen den Krieg wahrscheinlich gewinnen werden?

Der Ukraine-Krieg ist, wie bereits betont, ein Zermürbungskrieg, bei dem die Eroberung und das Halten von Territorium von untergeordneter Bedeutung sind. Das Ziel eines Zermürbungskrieges ist es, die Streitkräfte der anderen Seite so weit zu zermürben, dass diese entweder den Kampf aufgibt oder so geschwächt ist, dass sie das umkämpfte Gebiet nicht mehr verteidigen kann. Einen Zermürbungskrieg zu gewinnen, hängt weitgehend von drei Faktoren ab: der Entschlossenheit, der Bevölkerungszahl und den Verlusten. Die Russen verfügen über bessere Voraussetzungen für einen Sieg in diesem Zermürbungskrieg, denn sie haben eine deutlich grössere Bevölkerung und verzeichnen weniger Verluste als die Ukrainer; die Entschlossenheit ist auf beiden Seiten etwa gleich gross.

Betrachten wir zunächst die Entschlossenheit. Wie bereits erwähnt, glauben sowohl Russland als auch die Ukraine, dass sie einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt sind, und natürlich sind beide Seiten fest entschlossen, den Krieg zu gewinnen. Daher ist es schwer, einen bedeutenden Unterschied in ihrer Entschlossenheit zu erkennen. Was die Bevölkerungszahl betrifft, so hatte Russland vor Beginn des Krieges im Februar 2022 einen Vorteil von etwa 3,5:1. Seitdem hat sich das Verhältnis merklich weiter zugunsten Russlands verschoben. Etwa acht Millionen Ukrainer sind aus dem Land geflohen und haben die Bevölkerungszahl der Ukraine verringert. Etwa drei Millionen dieser Emigranten sind nach Russland gegangen und haben die Bevölkerungszahl des Landes erhöht. Darüber hinaus leben wahrscheinlich etwa vier Millionen andere ukrainische Bürger in den Gebieten, die Russland jetzt kontrolliert, was das Bevölkerungsungleichgewicht weiter zugunsten Russlands verschiebt. Nimmt man diese Zahlen zusammen, so ergibt sich für Russland ein Vorteil von etwa 5:1 in der Bevölkerungszahl.

Schliesslich gibt es noch die Verlustzahlen, die seit Beginn des Krieges im Februar 2022 umstritten sind. Die gängige Meinung in der Ukraine und im Westen ist, dass die Zahl der Opfer auf beiden Seiten entweder ungefähr gleich hoch ist oder dass die Russen mehr Opfer zu beklagen haben als die Ukrainer. Der Leiter des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Oleksiy Danilov, geht sogar so weit, zu behaupten, dass die Russen in der Schlacht um Bachmut 7,5 Soldaten auf einen ukrainischen Soldaten verloren haben. Diese Behauptungen sind falsch. Die ukrainischen Streitkräfte haben mit Sicherheit viel mehr Verluste erlitten als ihre russischen Gegner, und zwar aus einem Grund: Russland verfügt über viel mehr Artillerie als die Ukraine.

Im Zermürbungskrieg ist die Artillerie die wichtigste Waffe auf dem Schlachtfeld. In der US-Armee ist die Artillerie weithin als «König der Schlacht» bekannt, da sie in erster Linie für die Tötung und Verwundung der kämpfenden Soldaten verantwortlich ist. Daher ist das Gleichgewicht der Artillerie in einem Zermürbungskrieg von enormer Bedeutung. Nach fast allen Angaben sind die Russen bei der Artillerie zwischen 5:1 und 10:1 im Vorteil, was für die ukrainische Armee einen erheblichen Nachteil auf dem Schlachtfeld bedeutet. Ceteris paribus, also unter sonst gleichbleibenden Bedingungen, würde man erwarten, dass das Verhältnis zwischen Verlusten und Verwundeten etwa dem Verhältnis der Artillerie entspricht. Daher ist ein Verhältnis von 2:1 zugunsten Russlands eine konservative Schätzung.

Risiko der Offensiven

Eine mögliche Anfechtung meiner Analyse besteht darin zu argumentieren, dass Russland in diesem Krieg der Aggressor ist und der Angreifer immer viel höhere Verluste erleidet als der Verteidiger, vor allem, wenn die angreifenden Streitkräfte breitangelegte Frontalangriffe durchführen, was oft als Modus Operandi des russischen Militärs bezeichnet wird. Schliesslich befindet sich der Angreifer im Freien und in Bewegung, während der Verteidiger hauptsächlich von festen Positionen aus kämpft, die erhebliche Deckung bieten. Diese Logik liegt der berühmten 3:1-Faustregel zugrunde, die besagt, dass eine angreifende Streitkraft mindestens dreimal so viele Soldaten benötigt wie der Verteidiger, um eine Schlacht zu gewinnen. Doch diese Argumentation ist problematisch, wenn man sie auf den Ukraine-Krieg anwendet.

Die ukrainischen Streitkräfte haben mit Sicherheit viel mehr Verluste erlitten als ihre russischen Gegner.

1 _ Nicht nur die Russen führen Offensivkampagnen in diesem Krieg. Tatsächlich starteten die Ukrainer im vergangenen Jahr zwei grosse Offensiven, die zu weithin beachteten Siegen führten: die Offensive in Charkiw im September und die Offensive in Cherson zwischen August und November. Obwohl die Ukrainer in beiden Kampagnen erhebliche Gebietsgewinne erzielten, fügte die russische Artillerie den

angreifenden Kräften schwere Verluste zu. Ausserdem haben die Ukrainer am 4. Juni eine weitere Grossoffensive gegen russische Streitkräfte begonnen, die zahlreicher und weitaus besser vorbereitet sind als diejenigen, gegen die die Ukrainer in Charkiw und Cherson gekämpft haben.

2 _ Die Unterscheidung zwischen Angreifern und Verteidigern ist in einer grossen Schlacht normalerweise nicht schwarzweiss. Wenn eine Armee eine andere Armee angreift, startet der Verteidiger immer einen Gegenangriff. Mit anderen Worten: Der Verteidiger geht in die Offensive und der Angreifer in die Defensive. Im Laufe einer langen Schlacht wird jede Seite wahrscheinlich viele Angriffe und Gegenangriffe durchführen und feste Positionen verteidigen. Dieses Hin und Her erklärt, warum das Verhältnis zwischen den Verlusten in den Schlachten des amerikanischen Bürgerkrieges und des Ersten Weltkrieges oft ungefähr gleich ist und nicht zugunsten der Armee ausfällt, die in die Defensive gegangen ist. Tatsächlich erleidet die Armee, die als erste zuschlägt, gelegentlich weniger Verluste als die Zielform. Kurz gesagt: Verteidigung bedeutet in der Regel viel Angriff.

Aus ukrainischen und westlichen Nachrichtenberichten geht hervor, dass die ukrainischen Streitkräfte häufig Gegenangriffe auf die russischen Streitkräfte starten. So berichtet die *Washington Post* über die Kämpfe in Bachmut zu Beginn dieses Jahres: «Es gibt diese fließende Bewegung», sagte ein ukrainischer Oberleutnant [. . .] Russische Angriffe entlang der Front erlauben es ihren Kräften, einige hundert Meter vorzurücken, bevor sie Stunden später zurückgedrängt werden. Es ist schwer zu erkennen, wo genau sich die Frontlinie befindet, weil sie sich wie Wackelpudding bewegt», sagte er.» In Anbetracht des massiven russischen Artillerievorteils liegt die Vermutung nahe, dass das Verhältnis zwischen Verlusten und Gegentreffern bei diesen ukrainischen Gegenangriffen zugunsten der Russen ausfällt – wahrscheinlich sogar eindeutig.

3 _ Die Russen setzen nicht – zumindest nicht oft – grossangelegte Frontalangriffe ein, die darauf abzielen, schnell vorzurücken und Territorium zu erobern, bei denen die angreifenden Truppen jedoch dem vernichtenden Feuer der ukrainischen Verteidiger ausgesetzt wären. Wie General Sergei Surowikin im Oktober 2022 erklärte, als er das Kommando über die russischen Streitkräfte in der Ukraine innehatte, «haben wir eine andere Strategie [. . .] Wir schonen jeden einzelnen Soldaten und zermahlen den vorrückenden Feind beharrlich.»³⁸ In der Tat haben die russischen Truppen eine clevere Taktik gewählt, die ihre Opferzahlen reduziert. Ihre bevorzugte Taktik besteht darin, mit kleinen Infanterieeinheiten Sondierungsangriffe gegen feste ukrainische Stellungen zu starten, was die ukrainischen Streitkräfte veranlasst, sie mit Mörsern und Artillerie anzugreifen. Diese Reaktion ermöglicht es den Russen, festzustellen, wo sich die ukrainischen Verteidiger und ihre Artillerie befinden. Die Russen nutzen dann ihren grossen Vorteil bei der Artillerie, um ihre Gegner unter Beschuss zu nehmen. Danach rücken die russischen Infanterieverbände wieder vor, und wenn sie auf ernsthaften ukrainischen Widerstand stossen, wiederholen sie den Vorgang. Diese Taktik erklärt, warum Russland bei der Eroberung der von der Ukraine gehaltenen Gebiete nur langsam vorankommt. Man könnte meinen, der Westen könne das Verhältnis zwischen den jeweiligen Verlusten ausgleichen, indem er der Ukraine viel mehr Artillerierohre und -granaten liefert und damit den erheblichen Vorteil Russlands bei dieser wichtigen Waffe beseitigt. Dies wird jedoch nicht so bald geschehen, weil weder die Vereinigten Staaten noch ihre Verbündeten über die notwendigen industriellen Kapazitäten zur Massenproduktion von Artillerierohren und -geschossen für die Ukraine verfügen. Sie können diese Kapazitäten auch nicht schnell aufbauen. Das Beste, was der Westen tun kann – zumindest für das nächste Jahr oder so –, ist, das bestehende Ungleichgewicht zwischen Russland und der Ukraine aufrechtzuerhalten, aber selbst das wird eine schwierige Aufgabe sein.

Die Ukraine kann wenig dazu beitragen, das Problem zu lösen, da sie nur begrenzt in der Lage ist, Waffen herzustellen. Sie ist fast vollständig vom Westen abhängig, nicht nur bei der Artillerie, sondern bei allen wichtigen Waffensystemen. Russland hingegen verfügte zu Beginn des Krieges über eine beachtliche Kapazität zur Herstellung von Waffen, die seit Beginn der Kämpfe noch weiter ausgebaut wurde. Putin sagte kürzlich: «Unsere Rüstungsindustrie gewinnt täglich an Dynamik. Wir haben die militärische Produktion im letzten Jahr um das 2,7-Fache gesteigert. Unsere Produktion der wichtigsten Waffen hat sich verzehnfacht und steigt weiter an. Die Fabriken arbeiten in zwei oder drei Schichten, und einige sind rund um die Uhr ausgelastet.» Kurzum, die Ukraine ist angesichts des traurigen Zustands ihrer Industrie nicht in der Lage, einen Zermürbungskrieg aus eigener Kraft zu führen. Sie kann dies nur mit westlicher Unterstützung tun. Aber selbst dann ist sie zum Verlieren verdammt.

In jüngster Zeit hat sich eine Entwicklung vollzogen, die Russlands Vorsprung bei der Feuerkraft gegenüber der Ukraine weiter vergrößert. Im ersten Jahr des Krieges hatte die russische Luftwaffe wenig Einfluss auf das Geschehen am Boden, vor allem, weil die ukrainische Luftabwehr effektiv genug war, um russische Flugzeuge von den meisten Schlachtfeldern fernzuhalten. Doch die Russen haben die ukrainische Luftabwehr ernsthaft geschwächt, so dass die russische Luftwaffe nun ukrainische Bodentruppen an oder direkt hinter der Frontlinie angreifen kann. Darüber hinaus hat Russland die Fähigkeit entwickelt, sein riesiges Arsenal von 500 Kilogramm schweren Eisenbomben mit Lenkvorrichtungen auszustatten, die sie besonders tödlich machen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die *casualty exchange ratio* zugunsten der Russen ausfallen wird, was in einem Zermübungskrieg von enormer Bedeutung ist. Zudem ist Russland in der Lage, einen Zermübungskrieg zu führen, da seine Bevölkerung weitaus grösser ist als die der Ukraine. Kiews einzige Hoffnung, den Krieg zu gewinnen, besteht darin, dass Moskaus Entschlossenheit zusammenbricht, was jedoch unwahrscheinlich ist, da die russische Führung den Westen als existenzielle Gefahr betrachtet.

Hindernisse für den Frieden

Weltweit mehren sich die Stimmen, die alle Seiten im Ukraine-Krieg auffordern, sich der Diplomatie zuzuwenden und ein dauerhaftes Friedensabkommen auszuhandeln. Dies wird jedoch nicht geschehen. Es gibt zu viele gewaltige Hindernisse, um den Krieg in absehbarer Zeit zu beenden oder gar ein Abkommen zu schliessen, das einen dauerhaften Frieden bringt. Das bestmögliche Ergebnis ist ein eingefrorener Konflikt, in dem beide Seiten weiterhin nach Möglichkeiten suchen, die andere Seite zu schwächen, und in dem die Gefahr erneuter Kämpfe allgegenwärtig ist.

Auf der allgemeinsten Ebene ist Frieden nicht möglich, weil jede Seite die andere als tödliche Bedrohung ansieht, die auf dem Schlachtfeld besiegt werden muss. Unter diesen Umständen gibt es kaum Raum für Kompromisse mit der anderen Seite. Weiter gibt es zwei konkrete Streitpunkte zwischen den Kriegsparteien, die unlösbar sind. Der eine betrifft das Territorium, der andere die ukrainische Neutralität.⁴⁵ Fast alle Ukrainer sind fest entschlossen, ihr gesamtes verlorenes Territorium zurückzubekommen – einschliesslich der Krim. Wer kann es ihnen verdenken? Aber Russland hat offiziell die Krim, Donezk, Cherson, Luhansk und Saporischschja annektiert und ist fest entschlossen, dieses Gebiet zu behalten. Es gibt sogar Grund zu der Annahme, dass Moskau weitere ukrainische Gebiete annektieren wird, wenn es kann.

Der andere gordische Knoten betrifft die Beziehungen der Ukraine zum Westen. Aus verständlichen Gründen möchte die Ukraine nach dem Ende des Krieges eine Sicherheitsgarantie, die nur der Westen bieten kann. Das bedeutet entweder de facto oder de jure eine Mitgliedschaft in der Nato, da kein anderes Land die Ukraine schützen kann. Praktisch alle russischen Führer fordern jedoch eine neutrale Ukraine, was keine militärischen Beziehungen zum Westen und somit keinen Sicherheitsschirm für Kiew bedeutet. Diese Quadratur des Kreises ist nicht möglich.

Es gibt noch zwei weitere Hindernisse für den Frieden: den Nationalismus, der sich inzwischen zu einem Hypernationalismus entwickelt hat, sowie den völligen Mangel an Vertrauen auf der russischen Seite.

Der Nationalismus ist in der Ukraine seit mehr als einem Jahrhundert eine starke Kraft, und die Feindseligkeit gegenüber Russland ist seit langem eines seiner Kernelemente. Der Ausbruch des gegenwärtigen Konflikts am 22. Februar 2014 schürte diese Feindseligkeit und veranlasste das ukrainische Parlament, am folgenden Tag ein Gesetz zu verabschieden, das den Gebrauch des Russischen und anderer Minderheitensprachen einschränkte, ein Schritt, der dazu beitrug, den Bürgerkrieg im Donbass auszulösen. Russlands Annexion der Krim kurz darauf verschlimmerte eine schlechte Situation. Im Gegensatz zu der im Westen vorherrschenden Meinung verstand Putin, dass die Ukraine eine von Russland getrennte Nation war und dass es bei dem Konflikt zwischen den im Donbass lebenden ethnischen Russen und Russischsprachigen und der ukrainischen Regierung um die «nationale Frage» ging.

Die russische Invasion in der Ukraine, die die beiden Länder in einem langwierigen und blutigen Krieg direkt gegeneinander aufbringt, hat diesen Nationalismus auf beiden Seiten in einen Hypernationalismus verwandelt. Verachtung und Hass auf «den Anderen» durchdringen die russische und die ukrainische Gesellschaft, was starke Anreize schafft, diese Bedrohung zu beseitigen – wenn nötig mit Gewalt. Beispiele gibt es zuhauf. Eine bekannte Kiewer Wochenzeitung behauptet, berühmte russische Autoren wie Michail Lermontow, Fjodor Dostojewski, Leo Tolstoi und Boris Pasternak seien

«Mörder, Plünderer, Ignoranten». Die russische Kultur, so ein prominenter ukrainischer Schriftsteller, stehe für «Barbarei, Mord und Zerstörung» [. .] Das ist das Schicksal der Kultur des Feindes.»

Dazu gehört, dass Bibliotheken von Büchern russischer Autoren gesäubert werden, Strassen mit Namen, die einen Bezug zu Russland haben, umbenannt werden, Statuen von Persönlichkeiten wie Katharina der Grossen abgerissen werden, russische Musik, die nach 1991 produziert wurde, verboten wird, die Beziehungen zwischen der ukrainisch-orthodoxen Kirche und der russisch-orthodoxen Kirche abgebrochen werden und der Gebrauch der russischen Sprache auf ein Minimum reduziert wird. Die Haltung der Ukraine gegenüber Russland lässt sich vielleicht am besten mit Selenskyjs knappem Kommentar zusammenfassen: «Wir werden nicht verzeihen. Wir werden nicht vergessen.»

Der Nationalismus ist in der Ukraine seit mehr als einem Jahrhundert eine starke Kraft.

Auf der russischen Seite des Berges berichtet Anatol Lieven, dass «jeden Tag im russischen Fernsehen hasserfüllte ethnische Beleidigungen gegen Ukrainer zu sehen sind». Es überrascht nicht, dass die Russen daran arbeiten, die ukrainische Kultur in den von Moskau annektierten Gebieten zu russifizieren und auszulöschen. Zu diesen Massnahmen gehören die Ausstellung russischer Pässe, die Änderung der Lehrpläne in den Schulen, die Ersetzung der ukrainischen Griwna durch den russischen Rubel, die gezielte Umbenennung von Bibliotheken und Museen sowie die Umbenennung von Städten. Bachmut zum Beispiel heisst jetzt Artemovsk, und die ukrainische Sprache wird in den Schulen der Region Donezk nicht mehr gelehrt. Offenbar werden auch die Russen weder vergeben noch vergessen.

Das Aufkommen des Hypernationalismus ist in Kriegszeiten vorhersehbar, nicht nur, weil Regierungen sich stark auf den Nationalismus verlassen, um ihre Bevölkerung zu motivieren, ihr Land bis zum Äussersten zu unterstützen. Sondern auch, weil Tod und Zerstörung, die mit einem Krieg einhergehen - insbesondere bei langwierigen Kriegen -, jede Seite dazu bringen, die andere zu entmenslichen und zu hassen. Im Fall der Ukraine giesst der erbitterte Konflikt um die nationale Identität noch Öl ins Feuer.

Der Hypernationalismus erschwert natürlich die Zusammenarbeit mit der anderen Seite und gibt Russland einen Grund, Gebiete zu besetzen, in denen ethnische Russen und russischsprachige Menschen leben. Vermutlich würden viele von ihnen angesichts der Feindseligkeit der ukrainischen Regierung gegenüber allem, was russisch ist, lieber unter russischer Kontrolle leben. Im Zuge der Annexion dieser Gebiete werden die Russen wahrscheinlich eine grosse Zahl ethnischer Ukrainer vertreiben, vor allem weil sie befürchten, dass diese sich gegen die russische Herrschaft auflehnen werden, wenn sie bleiben. Diese Entwicklungen werden den Hass zwischen Russen und Ukrainern weiter anheizen und einen Kompromiss über das Gebiet praktisch unmöglich machen.

Doppelzüngigkeit des Westens

Es gibt einen letzten Grund, warum ein dauerhaftes Friedensabkommen nicht machbar ist. Die russische Führung traut weder der Ukraine noch dem Westen zu, in gutem Glauben zu verhandeln, was nicht heissen soll, dass die ukrainische und die westliche Führung ihren russischen Amtskollegen vertrauen. Der Mangel an Vertrauen ist auf allen Seiten offensichtlich, aber auf Moskaus Seite ist er aufgrund einer Reihe von Enthüllungen in jüngster Zeit besonders akut.

Die Ursache des Problems liegt in den Verhandlungen über das Minsk-II-Abkommen von 2015, das den Rahmen für die Beendigung des Konflikts im Donbass bildete. Der französische Präsident François Hollande und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel spielten bei der Ausarbeitung dieses Rahmens die zentrale Rolle, obwohl sie sich sowohl mit Putin als auch mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko eingehend beraten haben. Diese vier Personen waren auch die Hauptakteure bei den anschliessenden Verhandlungen. Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass Putin sich für das Gelingen von Minsk einsetzte. Aber Hollande, Merkel und Poroschenko – sowie Selenskyj – haben alle deutlich gemacht, dass sie nicht an der Umsetzung von Minsk interessiert waren, sondern es als eine Gelegenheit sahen, der Ukraine Zeit zu verschaffen, um ihr Militär aufzurüsten, damit sie mit dem Aufstand im Donbass fertig werden kann. Merkel sagte der *Zeit*, es sei «ein Versuch, der Ukraine Zeit zu geben, . . . um stärker zu werden».55 In ähnlicher Weise sagte Poroschenko: «Unser Ziel war es, zunächst die Bedrohung zu stoppen oder zumindest den Krieg zu verzögern – um acht Jahre für die Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums und den Aufbau schlagkräftiger Streitkräfte zu sichern.»

Kurz nach Merckels *Zeit*-Interview im Dezember 2022 sagte Putin auf einer Pressekonferenz: «Ich dachte, die anderen Teilnehmer an diesem Abkommen wären wenigstens ehrlich, aber nein, es hat sich herausgestellt, dass sie uns auch belogen haben und die Ukraine nur mit Waffen vollpumpen und auf einen militärischen Konflikt vorbereiten wollten.» Er fuhr fort, dass er vom Westen übertölpelt wurde

und dadurch eine Gelegenheit verpasst habe, das Ukraine-Problem unter für Russland günstigeren Umständen zu lösen: «Offenbar haben wir uns zu spät umorientiert, um ehrlich zu sein. Vielleicht hätten wir das alles [die Militäroperation] früher beginnen sollen, aber wir haben einfach gehofft, dass wir das Problem im Rahmen der Minsker Vereinbarungen lösen können.» Dann machte er deutlich, dass die Doppelzüngigkeit des Westens künftige Verhandlungen erschweren würde: «Das Vertrauen ist schon fast auf dem Nullpunkt, aber wie können wir nach solchen Erklärungen überhaupt noch verhandeln? Und worüber? Können wir mit irgendjemandem eine Vereinbarung treffen, und wo sind die Garantien?»

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es kaum eine Chance gibt, dass der Krieg in der Ukraine mit einer sinnvollen Friedensregelung endet. Stattdessen wird sich der Krieg wahrscheinlich noch mindestens ein weiteres Jahr hinziehen und schliesslich zu einem eingefrorenen Konflikt werden, der sich wieder in einen Schiesskrieg verwandeln könnte.

Das Ausbleiben eines tragfähigen Friedensabkommens wird eine Reihe von schrecklichen Folgen haben. Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen beispielsweise dürften auf absehbare Zeit zutiefst feindselig und gefährlich bleiben. Jede Seite wird die andere weiterhin dämonisieren und gleichzeitig alles daran setzen, dem Rivalen so viel Schmerz und Ärger wie möglich zuzufügen. Diese Situation wird mit Sicherheit anhalten, wenn die Kämpfe weitergehen. Aber selbst wenn der Krieg in einen eingefrorenen Konflikt übergeht, wird sich das Ausmass der Feindseligkeit zwischen den beiden Seiten wahrscheinlich kaum ändern.

Moskau wird versuchen, die bestehenden Risse zwischen den europäischen Ländern auszunutzen, und gleichzeitig darauf hinarbeiten, die transatlantischen Beziehungen sowie wichtige europäische Institutionen wie die EU und die Nato zu schwächen. Angesichts des Schadens, den der Krieg der europäischen Wirtschaft zugefügt hat und noch immer zufügt, angesichts der wachsenden Enttäuschung in Europa über die Aussicht auf einen nicht endenwollenden Krieg in der Ukraine und angesichts der Differenzen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten in Bezug auf den Handel mit China dürfte die russische Führung einen fruchtbaren Boden finden, um im Westen Unruhe zu stiften. 58a–c Diese Einmischung wird natürlich die Russophobie in Europa und den Vereinigten Staaten verstärken und eine schlechte Situation noch verschlimmern.

Der Westen seinerseits wird die Sanktionen gegen Moskau aufrechterhalten und den wirtschaftlichen Austausch zwischen beiden Seiten auf ein Minimum beschränken, um der russischen Wirtschaft zu schaden. Darüber hinaus wird er sicherlich mit der Ukraine zusammenarbeiten, um Aufstände in den Gebieten, die Russland der Ukraine abgenommen hat, zu unterstützen. Gleichzeitig werden die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten weiterhin eine rigorose Eindämmungspolitik gegenüber Russland verfolgen, die nach Ansicht vieler durch den Beitritt Finnlands und Schwedens zur Nato und die Stationierung umfangreicher Nato-Streitkräfte in Osteuropa verstärkt wird. 59a–b Natürlich wird sich der Westen weiterhin dafür einsetzen, dass Georgien und die Ukraine in die Nato aufgenommen werden, auch wenn dies unwahrscheinlich ist. Und schliesslich werden die amerikanischen und europäischen Eliten sicherlich weiterhin mit Begeisterung einen Regimewechsel in Moskau herbeiführen und Putin für Russlands Vorgehen in der Ukraine vor Gericht stellen wollen.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen werden nicht nur giftig bleiben, sondern auch gefährlich, da die Möglichkeit einer nuklearen Eskalation oder eines Grossmächtekrieges zwischen Russland und den Vereinigten Staaten immer gegeben sein wird. 60a–g

Die Ukraine befand sich bereits vor dem Beginn des Krieges im vergangenen Jahr in ernsten wirtschaftlichen und demografischen Schwierigkeiten. Die Verwüstungen, die der Ukraine seit der russischen Invasion zugefügt wurden, sind erschreckend. Nach einem Überblick über die Ereignisse im ersten Kriegsjahr erklärt die Weltbank, dass die Invasion «der ukrainischen Bevölkerung und der Wirtschaft des Landes einen unvorstellbaren Tribut abverlangt hat, wobei die Wirtschaftstätigkeit im Jahr 2022 um schwindelerregende 29,2 Prozent zurückging». Es überrascht nicht, dass Kiew massive ausländische Hilfgelder benötigt, nur um die Regierung am Laufen zu halten, nicht zu reden von der Bekämpfung des Krieges.

Demografischer Niedergang

Darüber hinaus schätzt die Weltbank die Schäden auf über 135 Milliarden Dollar und geht davon aus, dass rund 411 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau der Ukraine benötigt werden. Die Armut, so die Weltbank, «stieg von 5,5 Prozent im Jahr 2021 auf 24,1 Prozent im Jahr 2022, was 7,1 Millionen Menschen mehr in die Armut stürzte und fünfzehn Jahre des Fortschritts zunichte machte». Städte

wurden zerstört, etwa acht Millionen Ukrainer sind aus dem Land geflohen, und etwa sieben Millionen sind Binnenvertriebene. Die Vereinten Nationen haben 8490 Tote unter der Zivilbevölkerung bestätigt, obwohl sie davon ausgehen, dass die tatsächliche Zahl «erheblich höher» ist. Und sicherlich hat die Ukraine über 100 000 Opfer auf dem Schlachtfeld zu beklagen.

Die Zukunft der Ukraine sieht äusserst düster aus. Der Krieg zeigt keine Anzeichen für ein baldiges Ende, was weitere Zerstörung von Infrastruktur und Wohnraum, weitere Zerstörung von Städten, weitere zivile und militärische Todesopfer und weitere Schäden für die Wirtschaft bedeutet. Und nicht nur, dass die Ukraine wahrscheinlich noch mehr Territorium an Russland verlieren wird, laut der Europäischen Kommission «hat der Krieg die Ukraine auf einen Weg des unumkehrbaren demografischen Niedergangs geführt». Zu allem Überflus werden die Russen Überstunden machen, um die Rumpf-Ukraine wirtschaftlich schwach und politisch instabil zu halten. Der anhaltende Konflikt wird wahrscheinlich auch die Korruption anheizen, die schon seit langem ein akutes Problem ist, und extremistische Gruppen in der Ukraine weiter stärken. Es ist kaum vorstellbar, dass Kiew jemals die für einen EU- oder Nato-Beitritt erforderlichen Kriterien erfüllen wird.

Der Krieg in der Ukraine behindert die Bemühungen der USA, China einzudämmen, was für die amerikanische Sicherheit von grösster Bedeutung ist, da China ein ebenbürtiger Konkurrent ist, Russland hingegen nicht. Die Logik des Kräftegleichgewichts besagt, dass die Vereinigten Staaten mit Russland gegen China verbündet sein und ihre gesamte Macht nach Ostasien verlagern sollten. Stattdessen hat der Krieg in der Ukraine Peking und Moskau eng zusammengeschweisst und China einen starken Anreiz gegeben, dafür zu sorgen, dass Russland nicht besiegt wird und die USA in Europa gebunden bleiben, was ihre Bemühungen um einen Schwenk nach Ostasien behindert.

Es sollte inzwischen klar sein, dass der Krieg in der Ukraine eine gewaltige Katastrophe ist, die wahrscheinlich nicht so bald enden wird, und wenn doch, wird das Ergebnis kein dauerhafter Frieden sein. Es sind ein paar Worte darüber angebracht, wie der Westen in diese schreckliche Situation geraten ist.

Die gängige Meinung über die Ursprünge des Krieges ist, dass Putin am 24. Februar 2022 einen nichtprovozierten Angriff startete, der durch seinen grossen Plan zur Schaffung eines grösseren Russland motiviert war. Die Ukraine, so heisst es, war das erste Land, das er erobern und annektieren wollte, aber nicht das letzte. Wie ich bei zahlreichen Gelegenheiten gesagt habe, gibt es keine Beweise, die diese Argumentation stützen, und in der Tat gibt es beträchtliche Beweise, die ihr direkt widersprechen. Es steht zwar ausser Frage, dass Russland in die Ukraine einmarschiert ist, aber die eigentliche Ursache des Krieges war die Entscheidung des Westens – und hier sprechen wir hauptsächlich über die Vereinigten Staaten –, die Ukraine zu einem westlichen Bollwerk an Russlands Grenze zu machen. Das Schlüsselement dieser Strategie war die Aufnahme der Ukraine in die Nato, ein Schritt, den nicht nur Putin, sondern das gesamte russische aussenpolitische Establishment als existenzielle Bedrohung ansah, die es zu beseitigen galt.

Es wird oft vergessen, dass zahlreiche amerikanische und europäische Politiker und Strategen die Nato-Erweiterung von Anfang an ablehnten, weil sie wussten, dass die Russen sie als Bedrohung ansehen würden und dass diese Politik letztlich in eine Katastrophe münden würde. Zu den Gegnern gehören George F. Kennan, William J. Perry, der Verteidigungsminister von Präsident Clinton, und sein Vorsitzender der Stabschefs, General John Schalikaschwili, Paul Nitze, Robert Gates, Robert McNamara, Richard Pipes und Jack Matlock, um nur einige zu nennen. Auf dem Nato-Gipfel in Bukarest im April 2008 sprachen sich sowohl der französische Präsident Nicolas Sarkozy als auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gegen den Plan von Präsident George W. Bush aus, die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen. Merkel sagte später, ihre Ablehnung beruhe auf ihrer Überzeugung, dass Putin dies als «Kriegserklärung» auffassen würde.

Natürlich hatten die Gegner der Nato-Erweiterung Recht, aber sie verloren den Kampf, und die Nato marschierte nach Osten, was die Russen schliesslich zu einem Präventivkrieg provozierte. Hätten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten im April 2008 nicht versucht, die Ukraine in die Nato aufzunehmen, oder wären sie nach dem Ausbruch der Ukraine-Krise im Februar 2014 bereit gewesen, den Sicherheitsbedenken Moskaus entgegenzukommen, gäbe es heute wahrscheinlich keinen Krieg in der Ukraine und ihre Grenzen sähen so aus wie bei ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1991. Der Westen hat einen kolossalen Fehler begangen, für den er und viele andere noch immer bezahlen müssen.

Auf Europas Bruchlinie



Seit Jahren warnen die Balten vor Russland. Nun baut die Nato die Ostflanke aus. Erkundungen am «gefährlichsten Ort der Welt».

Urs Gehriger

Dass ihr in Freiheit seid, ist nicht euer Verdienst, sondern unser Versäumnis.

Dmitri Medwedew, 9. August 2022

Vilnius

Unvermittelt tauchen sie auf im Gehölz, graue Bunkerruinen, sie sehen aus wie gigantische Elefantenköpfe. Zwischen verbogenen Armierungseisen steigt man ein in die Betoneinsamkeit. Auf dem Boden liegen zerdrückte Bierbüchsen. «Die Bunker sind beliebt bei der Jugend», sagt der litauische Grenzwächter, «sie feiern hier Partys.» Die Betonkolosse sind Reliquien aus längst vergangener Sowjetzeit. Sie waren Teil der Molotow-Linie, eines Systems von Befestigungsanlagen, das die Sowjetunion nach der Annexion des Baltikums und Ostpolens 1940/41 entlang ihrer neuen Westgrenze errichtete.

Heute verläuft ganz in der Nähe die neue Bruchlinie, die Europa abermals in zwei Lager teilt. Hier Litauen, in dessen Rücken die Nato. Wenige Meter entfernt Weissrussland, seit neustem bewaffnet mit Atomraketen aus Putins Reich.

An dieser Stelle könnte es zum ersten Gefecht kommen, sollte zwischen Russland und der Nato Krieg ausbrechen. Denn hier beginnt der sogenannte Suwalki-Korridor, «der gefährlichste Ort der Welt», wie ihn die amerikanische Tageszeitung *Politico* bezeichnet hat. Über knapp hundert Kilometer erstreckt sich der Landstreifen in Richtung Nordwesten entlang der litauisch-polnischen Grenze bis zur russischen Enklave Kaliningrad.

Die Rote Armee hatte die Stadt 1945 von den Nazis erobert. Im Potsdamer Abkommen wurde sie den Sowjets zugeschlagen. Die angestammten Deutschen wurden aus der Heimatstadt von Immanuel Kant vertrieben und durch Sowjetbürger ersetzt. Nach 1952 baute Moskau Kaliningrad zu einer Frontstellung in den Westen aus. Hier liegen der einzige eisfreie russische Hafen an der Ostsee und die Basis der baltischen Flotte. 12 000 russische Soldaten sind hier stationiert, mit Kampfpanzern, Haubitzen, Raketenwerfern und seit einigen Jahren mit atomwaffenfähigen Iskander-M-Raketen, die Warschau, Berlin oder Kopenhagen treffen können.

Ängste der Balten

Ähnlich wie die Krim im Schwarzen Meer ist Kaliningrad für Russland ein Brückenkopf in die Ostsee. Und ähnlich wie russische Truppen im Zuge der Invasion in der Ostukraine einen Korridor von Russland nach der Krim errichtet haben, könnte Putin zwischen Weissrussland und Kaliningrad eine Landbrücke errichten lassen.

Für die Litauer – und das gesamte Baltikum – ist dies ein Schreckensszenario. Der Suwalki-Korridor, benannt nach der nahegelegenen polnischen Stadt Suwalki, ist die einzige Verbindung zwischen Zentraleuropa und dem Baltikum im Norden. Wird diese Lebensader gekappt, drohen den ehemaligen Sowjetrepubliken Litauen, Lettland und Estland die Abwürgung und der Verlust der vor 32 Jahren gewonnenen Unabhängigkeit.

Die Ängste der Balten sind nicht aus der Luft gegriffen. Russische Spitzen schüren sie gezielt. «Dass ihr in Freiheit seid, ist nicht euer Verdienst, sondern unser Versäumnis», twitterte der ehemalige Präsident und heutige Vizevorsitzende des russischen Sicherheitsrats Dmitri Medwedew letztes Jahr an die Adresse der estnischen Präsidentin Kaja Kallas. Michail Kassjanow, Wladimir Putins erster Premierminister (2000–2004), heute freimütiger Kritiker des russischen Präsidenten, goss Öl ins Feuer, als er warnte: Sollte die Ukraine fallen, «werden die baltischen Staaten die nächsten sein».

Neuausrichtung der Nato

Russland lasse den Konflikt mit den Balten durch Nadelstiche eskalieren, sagt der litauische Grenzwächter, der uns im Geländewagen entlang der weissrussischen Grenze fährt. Drei Meter hoch

steht der Zaun mit Klingendraht, dahinter ein rund hundert Meter breiter Sicherheitsstreifen. Videokameras halten jede Bewegung in diesem Niemandsland fest und senden sie auf einen Monitor im Hauptquartier.

Die Sicherheitsvorkehrungen wurden nach den Ereignissen im Sommer 2021 verschärft, als Flüchtlinge aus dem Irak, aus Syrien, Gambia, Mali und anderen fernen Ländern via Weissrussland illegal über die Grenze nach Litauen eindringen. Der weissrussische Präsident Alexander Lukaschenko hatte sie über Reisebüros per Flugzeug nach Minsk einreisen lassen und sie an die litauische Grenze geschickt. «Das war Teil eines Plans des Kreml, Litauen und den Westen zu destabilisieren», sind die Litauer überzeugt. Litauens Ex-Verteidigungsministerin spricht von einem «hybriden Krieg», den Lukaschenko, Russlands Geheimdienste und Schlepper organisierten.

Die drei baltischen Staaten haben 1991 als erste ehemalige Sowjetrepubliken die Unabhängigkeit erstritten. Mit ihren geringen Bevölkerungszahlen (Litauen: 2,7 Millionen, Lettland: 1,9 Millionen, Estland: 1,3 Millionen) suchten sie unmittelbar den Schutz in der Nato. 2004 wurden sie aufgenommen. Doch die Rückendeckung gegen ein übermächtiges Russland blieb unzureichend. Der Ukraine-Krieg drängte die Bündnispartner im Westen schliesslich aus ihrer Komfortzone. Am Nato-Gipfel von Madrid letztes Jahr vollzog die Nato eine Neuausrichtung. Im Baltikum wird ein antirussisches Bollwerk aufgebaut. Letzte Woche verkündete Deutschland, in Litauen eine Brigade zu stationieren. 4000 deutsche Soldaten sollen künftig permanent einen Teil der Ostflanke schützen.

Lange hat die Nato mit diesem Schritt gezögert. Gemäss der Nato-Russland-Grundakte von 1997 erklärte sie die Absicht, in den neuen Mitgliederstaaten «im gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld» keine zusätzliche dauerhafte Stationierung von wesentlichen Kampftruppen vorzunehmen.

Mit dem Angriff auf die Ukraine hat Putin aus Sicht der westlichen Bündnispartner das «Sicherheitsumfeld» grundlegend verändert. Selbst Skeptiker in der Nato sind nun davon überzeugt, dass die Ostflanke mit stehenden Truppen geschützt werden muss.

Wie verwundbar diese Ostflanke in Litauen ist, zeigt eine Fahrt durch den Suwalki-Korridor. Endlose Äcker, sanft geschwungene Blumenfelder und Nadelwälder, dazwischen Bauernhöfe mit Storchennestern vermitteln eine trügerische Idylle. Für eine Verteidigung ist diese liebliche Landschaft denkbar schlecht geeignet, wie die Litauer in ihrem wohl dunkelsten Kapitel ihrer Geschichte bitter erfahren haben.

Nachdem die Litauer zwei Jahrhunderte unter der Herrschaft der russischen Zaren gestanden hatten, erlangten sie nach dem Ersten Weltkrieg die Unabhängigkeit. Ihre Kultur und Sprache, die zu den ältesten Europas zählt, blühte auf.

Selbst Nato-Skeptiker sind davon überzeugt, dass die Ostflanke mit Truppen geschützt werden muss.

Nach kaum zwei Jahrzehnten war es vorbei mit der Freiheit. Um sich für den Einmarsch in Polen die Sowjetunion vom Hals zu halten, einigte sich Hitler mit Stalin 1939 auf eine Gebietsaufteilung. In einem geheimen Zusatzprotokoll wurden die Balten der Sowjetunion zugeschlagen. Für die drei Kleinstaaten markiert dieses Jahr den Beginn einer Zwangsherrschaft, die ein halbes Jahrhundert dauern sollte.

In der litauischen Gesellschaft formierte sich Widerstand gegen das sowjetische Joch. Es gab keine Nachbarstaaten, wo man sich vor dem übermächtigen Feind hätte verstecken können, es blieben einzig die Wälder, in welchen man Deckung fand. Bekannt unter dem Namen «Waldbrüder» (*misko broliai*), erhoben sich 1944 rund 15 000 litauische Partisanen. Zehntausende Männer und Frauen in Lettland und Estland taten es ihnen gleich. Die Besatzer reagierten mit eiserner Faust. 50 000 Menschen wurden in Güterzügen nach Sibirien deportiert. 1953 war der Widerstand gebrochen. Jede Familie erzählt von einem Verwandten, der vom Sowjetregime vernichtet wurde. Mitten in Vilnius erinnert das KGB-Museum an die Opfer, die in diesem Gebäude vom russischen Geheimdienst verhört, gefoltert und exekutiert wurden.

Flach wie die Ostukraine

Doch der Partisanengeist der «Waldbrüder» lebte weiter. Ende der 1980er Jahre flammte er neu auf, gipfelte in der «Singenden Revolution», welche das Gewaltregime abschüttelte. Nach der russischen Invasion in der Ukraine wird er heute erneut beschworen, der Wehrwille von damals. Nicht nur in Litauen, auch in Estland und Lettland, die eine knapp 600 Kilometer lange direkte Grenze mit Russland teilen.

Das Terrain ist flach wie in der Ostukraine. Das grenznahe Pskow, Basis der 76. Garde-Luftsturm-Division, die im ukrainischen Butscha eingesetzt wurde, eignet sich als Ausgangspunkt für mögliche Angriffe. «Nicht der Suwalki-Korridor, sondern Daugavpils ist das Hauptproblem der baltischen Verteidigung», warnen baltische Strategen. Daugavpils ist die Hauptstadt der grössten russischsprachigen Provinz Lettlands und liegt auf der Linie eines möglichen russischen Angriffs. Während in Litauen lediglich 6 Prozent russischsprachige Menschen leben, sind es in Estland und Lettland je rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Die meisten von ihnen sind Nachfahren sowjetischer Umsiedlungen. Wie der Ukraine wirft Moskau auch Lettland und Estland vor, sie ignorierten Verpflichtungen zum Schutz der Rechte von russischsprachigen Minderheiten.

Invasion der Krim

Könnte Russland auch im Baltikum zum «Schutz» der russischstämmigen Bevölkerung intervenieren? Das sei in der Tat ein Szenario, so General Raimonds Graube, bis 2017 Befehlshaber der lettischen Streitkräfte. Doch die Situation der Russen sei hier «völlig anders als im Donbass». «Wir sind in der EU und in der Nato.» Ausserdem würden sich die meisten russischsprachigen Letten nicht Russland anschliessen wollen, ist der General überzeugt. «Sie ziehen den Zugang zum Westen einem Leben in Russland vor.»

«Es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber das ukrainische Blut hat Lettland definitiv gestärkt.»

Wir sitzen im «Whitehouse» in Riga, einem exquisiten Restaurant mit Parkanschluss, wo sich Graube, der nach dem Nato-Beitritt für die Integration Lettlands in die Nato verantwortlich war, regelmässig mit militärischen Partnern der Allianz trifft.

Man habe die Bündnispartner lange vor Russland gewarnt. Jetzt sei eingetreten, was man vorausgesagt habe, sagt Graube. «Es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber das ukrainische Blut hat Lettland definitiv gestärkt.» Und mit dem Nato-Beitritt von Finnland und Schweden habe man eine Rückendeckung wie nie zuvor in der Geschichte.

Nach der russischen Invasion auf der Krim 2014 hatte in der Nato eine Neuorientierung begonnen. Jeder baltischen Nation wurde eine Art Sicherheitspate zugeteilt. Deutschland hat die Führung der Nato-Battlegroup in Litauen, Kanada in Lettland und die Briten in Estland. Die drei Führungsnationen sind Teil der «verstärkten Vornepräsenz» zur Rückversicherung der osteuropäischen Staaten, um das wachsende russische Bedrohungspotenzial zu kontern, das in der Destabilisierung der Ukraine deutlich wird.

Die Unterstützung für die Ukraine ist wohl nirgendwo auf der Welt – abgesehen von Polen – derart ausgeprägt und ungebrochen wie in Litauen. Kaum ein Gebäude, ein Café, ein Taxi, das nicht die Farben Gelb-Blau drapiert. Am kommenden Nato-Gipfel, der am 11. und 12. Juli in Vilnius stattfindet, wollen die Balten auf die Aufnahme der Ukraine in die Nato drängen.

Gefragt nach den Gründen ihrer Nähe zur Ukraine, verweisen Gesprächspartner aus allen Schichten auf die bewegte Geschichte Litauens. Im Spätmittelalter war das Grossfürstentum Litauen eine Grossmacht und zeitweise sogar das grösste Land Europas, das sich von der Ostsee im Norden bis zum Schwarzen Meer im Süden und über Teile der heutigen Ukraine erstreckte. 1386 ging Litauen eine Union mit dem Königreich Polen ein. Es war ein Vielvölkerstaat, in dem zwar der katholische Klerus dominierte, aber protestantische, orthodoxe und armenische Christen ebenso wie Juden und Muslime mit- und nebeneinander lebten und Religionsfreiheit genossen.

Vernachlässigte Wehrfähigkeit

Die kulturelle Offenheit jener Zeit manifestiert sich im Stadtbild von Vilnius, das westliche und östliche Einflüsse von Gotik über Renaissance und Barock bis Klassizismus vereint. Trotz Invasionen und Zerstörungen habe sich das «Stadtbild mit grosser Diversität und überspannender Harmonie» bewahrt, lobt die Unesco.

Der jahrhundertealte Geist der Toleranz paart sich in Litauen mit der Entschlossenheit, das kulturelle Erbe zu verteidigen. Und dieses sei in der Ukraine durch Putins Aggression unmittelbar bedroht. «Die Ukraine befindet sich heute an der Frontlinie. Aber eigentlich ist sie ein Teil unserer Kultur», erklärte Vytautas Landsbergis, der «Vater» der litauischen Unabhängigkeit, bei unserem Besuch in dessen Wohnung im April (*Weltwoche* Nr. 15/23). «Die Ukraine zu verteidigen, heisst, uns selbst zu verteidigen.» Damit spricht der Neunzigjährige für eine überwiegende Mehrheit seines Volkes.

Ebenso überzeugt sind die Litauer heute, dass man sich bei der Verteidigung nicht allein auf die Nato verlassen dürfe. Zu lange habe man die eigene Wehrfähigkeit vernachlässigt. Auch in dieser Hinsicht war Putins Angriff auf die Ukraine ein Weckruf. Wie Litauen hat nun auch Lettland die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt. Nationalgarden, Schützenvereine, freiwillige Milizen verzeichnen Zuwachs. Doch das reiche angesichts der kleinen Bevölkerungszahlen der Balten nicht aus. «Wir brauchen das Konzept der Gesamtverteidigung, bei dem jeder eine Rolle spielt», sagt Vaidotas Urbelis, Chefstrategie im litauischen Pentagon. Auch die Zivilbevölkerung soll in die Landesverteidigung einbezogen werden. Und dies künftig schon in der Grundschule. In Lettland ist dies bereits beschlossene Sache. Lettische Schüler sollen ab September 2024 auch die Landesverteidigung trainieren.

Widerstand gegen eine solche Rundumverteidigung gibt es praktisch nicht. Der Geist der «Waldbrüder» scheint aufzuleben, über alle Altersgruppen hinweg, auch bei Frauen.

«Im Westen wird dauernd Gleichstellung der Geschlechter gefordert. Wir sind auf dem besten Weg dazu», so General Graube. «An den Spitzen unseres Staates, unseres Parlamentes und unserer Verteidigung stehen Frauen. 20 Prozent der neuen Rekruten sind weiblich», so Graube. «Sogar bei mir zu Hause regiert eine Frau.»

xxx

Interview mit General a. D. Harald Kujat (Auszüge), 04.07.2023

«Seit Kriegsbeginn zahlt die Ukraine einen hohen Blutzoll»

(...)

Harald Kujat: Die USA, der geopolitische Rivale, sind von zwei Weltmeeren umgeben, dem Nordatlantik und dem Pazifik. Der nördliche Nachbar, Kanada, ist ein enger Alliiertes, Mexiko im Süden ein befreundeter Staat. Russland mit seiner gewaltigen Landmasse, die sich über 11 Zeitzonen erstreckt, ist von vielen Staaten umgeben, nicht nur von befreundeten, sondern von Staaten, mit denen es im Verlauf der Geschichte oft Probleme gab. Russland ist weder bereit, seine Geschichte abzustreifen, noch kann es seiner geostrategischen Lage entkommen.

Die USA sind eine Luft- und Seemacht, mit einer geostrategisch vorteilhaften Lage, weil sie konventionell praktisch unangreifbar sind. Das russische Sicherheitsbedürfnis ist deshalb ein anderes als das der USA. Das drückt sich beispielsweise in der Nukleardoktrin Russlands aus, in der es heisst, dass Nuklearwaffen nur dann eingesetzt werden, wenn Russland selbst mit Nuklearwaffen angegriffen wird oder eine «existenzielle Bedrohung» durch einen konventionellen Krieg für das russische Volk und das Land entsteht. Dieser Terminus, «existenzielle Bedrohung», ist ein Schlüsselbegriff zum Verständnis der russischen Strategie. Obwohl historische Vergleiche oft kritisch zu sehen sind, sind die geostrategischen Ursachen des Ukrainekrieges durchaus mit denen der Kubakrise vergleichbar.

(...) Nehmen wir einmal an, es gäbe einen Waffenstillstand und man verhandelte über eine Lösung im obengenannten Sinne. Wie verlässlich sind denn die westeuropäischen Staaten für Russland, nachdem Merkel öffentlich bekannt hat, dass sie nie die Umsetzung des Minsker Abkommens, das nach dem Beschluss des Uno-Sicherheitsrats völkerrechtlich bindend ist, ins Auge gefasst habe, sondern nur Zeit gewinnen wollte, um die Ukraine aufzurüsten? Wie können so Verhandlungen noch zielführend sein?

Als der französische Präsident Macron im Dezember Sicherheitsgarantien für Russland forderte, wurde er in Deutschland heftig kritisiert. Offenbar bezog er sich auf ein Kernproblem dieses Krieges, auf seine Ursachen, nämlich auf Russlands Verlangen, dass die Ukraine weder Mitglied der Nato wird noch amerikanische oder Nato-Truppen in der Ukraine stationiert werden. Ausserdem müssten der russischsprachigen Bevölkerung des Donbas Minderheitenrechte zugestanden werden, wie es im Minsk II-Abkommen vereinbart war. Merkel, Hollande und Poroschenko hatten öffentlich bestätigt, dass sie wie Selenskij nicht die Absicht hatten, das Abkommen zu realisieren, sondern Zeit für die Aufrüstung der Ukraine gewinnen wollten. Macron fordert auch Sicherheitsgarantien für die Ukraine, die über das hinausgehen, was im Budapester Abkommen von 1994 vereinbart wurde. Sie sollen in ihrer Verbindlichkeit etwa zwischen einer Nato-Mitgliedschaft und dem «Modell Israel» liegen. Damit will er anscheinend eine Alternative zur Absicht einiger Nato-Staaten auf die Tagesordnung des Nato-Gipfels

am 11./12. Juli in Litauen setzen, die eine feste Zusage für die Aufnahme der Ukraine in die Allianz fordern. Gegenwärtig wird in der US-Administration das Einfrieren des Krieges in der Form einer Korea-Lösung diskutiert. Die Ukraine würde entlang der aktuellen Frontlinie geteilt werden. In Südkorea sind 40 000 amerikanische Soldaten stationiert. Das ist genau das, was Russland verhindern will. Die Ukraine müsste nicht nur auf die Krim, sondern auch auf die vier von Russland annektierten Gebiete verzichten; wie in Korea für mehr als sieben Jahrzehnte oder möglicherweise für immer. Diese Lösung scheint mir weder für die Ukraine noch für Russland akzeptabel. Was Ende März 2022 zwischen Russland und der Ukraine vereinbart wurde, war dagegen allem Anschein nach für beide Seiten akzeptabel, weil die beiderseitigen Sicherheitsinteressen berücksichtigt wurden. Die russischen Streitkräfte würden sich auf den Stand vor Beginn des Krieges zurückziehen. Die Ukraine würde weder Nato-Mitglied werden noch die Stationierung amerikanischer oder anderer Nato-Truppen erlauben. Garantiemächte sollten die Einhaltung des Abkommens sichern. Schliesslich sollte die Zukunft des Donbas innerhalb von 15 Jahren friedlich und unter Verzicht auf militärische Mittel einvernehmlich gelöst werden. Das war die Quintessenz dieser Vereinbarung. Die Ukraine zog sich auf Druck des Westens aus den Verhandlungen zurück. Danach haben beide Seiten durch Vorbedingungen Hürden aufgebaut, die die Aufnahme von Verhandlungen verhindern. (...)

Die Russen setzen sich in ihren Verteidigungslinien fest und sie wollten von Anfang an Friedensverhandlungen. Daran kann man doch ablesen, dass es Russland nie um eine Eroberung der Ukraine gegangen ist. Oder wie sehen Sie das?

Am 17. Dezember 2021 hat Russland Vertragsentwürfe als Grundlage für Verhandlungen an die USA und die Nato übermittelt, die die Kernforderungen Russlands enthielten. Es gab zwar Gespräche, aber keine wirklichen Verhandlungen. Über den Verzicht auf eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine, dem harten Kern der russischen Position, wurde nicht einmal gesprochen. Es würde zu weit führen, hier die gesamte Entwicklung vor dem Beginn des russischen Angriffskrieges darzustellen. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass der russische Angriff zwar eine grundsätzliche Option, aber nicht von langer Hand geplant war, sondern die Entscheidung erst sehr spät fiel. Russland ist es nicht gelungen, durch eine militärische Drohkulisse an der ukrainischen Grenze substanzielle Verhandlungen zu erzwingen. Es gibt auch gute Gründe anzunehmen, dass Russland nicht geplant hatte, die gesamte Ukraine zu erobern. Denn der dann erfolgte Angriff wurde zunächst mit einem sehr geringen Kräfteansatz begonnen. Ziel war die ukrainische Hauptstadt, offenbar um die damalige Regierung durch eine russlandfreundliche zu ersetzen. Darauf deutet auch die Absicht der USA hin, Präsident Selenskij bereits in den ersten Kriegstagen auszufliegen. Der Versuch, die Ukraine insgesamt zu erobern, hätte ein Vielfaches an Angriffsformationen bedeutet, ebenso eine sehr grosse Besatzungstruppe und erhebliche finanzielle Aufwendungen, um diese zu unterhalten. Ein entscheidender Punkt ist, dass sich russische und Nato-Streitkräfte auf einer langen Front direkt gegenübergestanden hätten. Das Risiko, dass ein menschlicher Fehler oder ein technisches Versagen in einer solchen Lage zu einem grossen Krieg führen könnte, wollte Russland sicherlich nicht eingehen. Ebenso wenig wie einen jahrelangen – möglicherweise vom Westen massiv unterstützten – Guerillakrieg in diesem grossen Land. Als der handstreichartige Versuch scheiterte, Kiew einzunehmen, entschied sich die russische Führung dazu, die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk zu besetzen und sie aus dem ukrainischen Staatsverband herauszulösen. Das scheint auch von Anfang an das eigentliche Ziel des russischen Angriffs gewesen zu sein. Denn bereits kurz vor Kriegsbeginn hatten die «Volksrepubliken» ihre Unabhängigkeit erklärt und Russland um Beistand gebeten, was Russland ermöglichte, sich bei seinem Angriff auf Art. 51 der Uno-Charta zu berufen.

General a. D. Harald Kujat, geboren am 1. März 1942, war unter anderem Generalinspekteur der Bundeswehr und als Vorsitzender des Nato-Militärausschusses höchster Militär der Nato. Zugleich amtierte er als Vorsitzender des Nato-Russland-Rates sowie des Euro-Atlantischen-Partnerschaftsrates der Generalstabschefs. Für seine Verdienste wurde Harald Kujat mit einer grossen Zahl von Auszeichnungen geehrt, darunter mit dem Kommandeurskreuz der Ehrenlegion der Republik Frankreich, dem Kommandeurskreuz des Verdienstordens Lettlands, Estlands und Polens, der Legion of Merit der Vereinigten Staaten, dem Grossen Band des Leopoldordens des Königreichs Belgien, dem Grossen Bundesverdienstkreuz, sowie mit weiteren hohen Auszeichnungen, unter anderem aus Malta, Ungarn und der Nato.

xxx Wie Russland die westlichen Sanktionen umgeht

FEDERICO FUBINI UND ALEXANDRA
PROKOPENKO, 30.06.2023

Trotz einer Reihe harter Sanktionen floriert die russische Wirtschaft. Sie wird dieses Jahr stärker wachsen als viele G7-Staaten. Dabei nutzt Russland eine Reihe von Schlupflöchern aus, um die Sanktionen zu umgehen.

Wladimir Putin, Präsident von Russland, bei der Kranzniederlegung anlässlich des 82. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. (Foto: dpa)



Der **jüngsten Prognose** des Internationalen Währungsfonds zufolge wird die russische Wirtschaft in diesem Jahr schneller wachsen als die deutsche oder die britische und mit dem Wachstum in Frankreich und Italien Schritt halten. Es wird erwartet, dass sich die russische Wirtschaft gegenüber vier der G7-Länder behaupten oder sie sogar übertreffen wird, die sich an vorderster Front für die Aufrechterhaltung und Verschärfung der lähmenden internationalen Sanktionen eingesetzt haben, die vor mehr als einem Jahr nach Russlands großangelegter Invasion in der Ukraine gegen das Regime von Wladimir Putin verhängt wurden.

Das war nicht der Plan. Als Putin im vergangenen Frühjahr noch mit einem schnellen militärischen Sieg rechnete, glaubten die westlichen Staats- und Regierungschefs, dass wirtschaftliche und finanzielle Waffen Russland überwältigen könnten. Anfang April 2022 brachte **Mario Draghi**, der damalige italienische Ministerpräsident, diese Überzeugung zum Ausdruck, als er die Sanktionen gegen russische Energieexporte mit den Worten verteidigte, die Menschen müssten sich entscheiden, ob sie **Frieden oder eingeschaltete Klimaanlage** wollen.

Zum Glück hielt das Vertrauen in die Wirksamkeit der Sanktionen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten nicht davon ab, Waffen und andere Hilfsgüter in die Ukraine zu schicken. Ursprünglich wurde jedoch erwartet, dass die Beschlagnahmung der im Ausland gehaltenen russischen Devisenreserven, die strengen Beschränkungen für russische Banken und Einzelpersonen sowie die Unterbrechung des Handels mit Technologie und Rohstoffen die russische Wirtschaft zum Zusammenbruch bringen und Putin möglicherweise dazu zwingen würden, seine „militärische Spezialoperation“ aufzugeben. Weniger als zwei Monate nach der Invasion **prognostizierte** der IWF, dass die russische Wirtschaft im Jahr 2022 um 8,5 Prozent und in diesem Jahr um 2,3 Prozent schrumpfen würde.

Seitdem hat der Fonds seine Einschätzung des russischen BIP für 2022 und 2023 jedoch um insgesamt 9,4 Prozentpunkte *nach oben* **korrigiert**. Dies war kein einfacher Prognosefehler, sondern spiegelt vielmehr die Überschätzung des Westens hinsichtlich seiner Fähigkeit wider, den internationalen Handel und andere wichtige Aspekte der Weltwirtschaft zu kontrollieren. Die Wahrheit ist, dass der kollektive Westen die Globalisierung nicht mehr beherrscht. Außerdem haben die meisten westlichen Regierungen erst spät erkannt, dass revisionistische autoritäre Regime rationale wirtschaftliche Erwägungen nicht immer in den Vordergrund stellen.

Putin hat seinen Krieg gegen die Ukraine ohne Rücksicht auf die materiellen Kosten und den Tribut an Menschenleben fortgesetzt, und Russlands Wirtschaftseliten sind zwar entsetzt, haben aber keine Anstrengungen unternommen, ihn zu bremsen. Tatsächlich haben die Oligarchen mit Putin und seiner Kriegsmaschinerie zusammengearbeitet, auch wenn sie Ausländern hinter vorgehaltener Hand verraten, dass sie seine Politik ablehnen. Dies sollte niemanden überraschen, da die Beziehung zwischen dem Kreml und den Oligarchen auf einer Art *negativer Loyalität* beruht, ein Merkmal, das für das heutige Russland typisch geworden ist – und für Geschäftsbeziehungen zwischen Russland und dem Westen in einer Ära der Sanktionen.

Überall Schlupflöcher

Inzwischen wissen wir, warum optimistische Prognosen über die Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen unhaltbar waren. China, Indien, Malaysia und Singapur haben ihre Käufe von russischem Öl erhöht, und Unternehmen in westlichen Demokratien führen **vermehrt** Ölprodukte ein, die diese Schwellenländer aus Rohöl aus dem Ural gewinnen,

China, das durch seine neue Rolle als Russlands wichtigster Handelspartner gestärkt wird, beliefert die Russen mit Halbleitern, Drohnen und anderen Technologien mit doppeltem Verwendungszweck. Länder wie die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kasachstan, Armenien und andere ehemalige Sowjetrepubliken betätigen sich erfolgreich **als Vermittler** zwischen westlichen Exporteuren und Russland für alles von Smartphones bis zu Werkzeugmaschinen (nach einem Einbruch von 43 Prozent in den ersten Kriegsmonaten erreichten die russischen Importe im November 2022 wieder weitgehend das **Vorkriegsniveau**).

Ebenso haben Interessengruppen in einigen Ländern die Europäische Union daran gehindert, die Einfuhr wichtiger russischer Produkte wie Diamanten und Stahl zu verbieten. Tatsächlich haben einige EU-Länder ihre Einfuhren russischer Stahlbrammen, einem Halbfertigungsprodukt, im vergangenen Jahr **verdoppelt**, um die Lieferungen aus ukrainischen Werken in Mariupol zu ersetzen, die von Putins Armee zerstört wurden.

Außerdem sind einige der wichtigsten Finanzkanäle Russlands mit dem Westen während des Krieges durchweg offen geblieben. So hat etwa die EU der Gazprombank noch nicht den Geldhahn zugedreht, obwohl sie die Gasimporte von Gazprom, der Holdinggesellschaft der Bank, fast eingestellt hat. In Zypern ist die Gazprombank, Russlands drittgrößter Kreditgeber, weiterhin tätig – unter Aufsicht der Europäischen Zentralbank.

Profite ohne Skrupel

Seit Russland 2014 nach der Annexion der Krim und der Unterstützung der Separatisten in der ostukrainischen Donbass-Region durch den Kreml erstmals mit Sanktionen belegt wurde, haben einige westliche Unternehmen ihre eigene Form der negativen Loyalität gegenüber ihren Ländern an den Tag gelegt. Im Großen und Ganzen haben sie sich an die Restriktionen der westlichen Regierungen gehalten, aber einige haben Wege gefunden, weiterhin gewinnbringend mit russischen Partnern zusammenzuarbeiten – und sogar Waren an Unternehmen zu liefern, die für den militärisch-industriellen Komplex Russlands arbeiten.

So **verhängten** das US-Handelsministerium und das Office of Foreign Assets Control des US-Finanzministeriums im vergangenen Monat eine Geldstrafe von insgesamt 3,3 Millionen US-Dollar gegen Microsoft. In den Jahren 2016 und 2017 schloss eine Tochtergesellschaft von Microsoft Geschäfte mit zwei sanktionierten russischen Unternehmen ab, von denen eines am Bau der Brücke über die Straße von Kertsch beteiligt war, die Russland mit der Krim verbindet, und das andere an der Produktion russischer Kriegsschiffe.

Ein jüngeres Beispiel ist das italienische Unternehmen Danieli, ein großer Anbieter von Präzisionswerkzeugmaschinen für die Stahlerzeugung. Danieli kündigte erst Ende April, mehr als 14 Monate nach Beginn des Krieges, einen vollständigen Rückzug aus seinen Geschäften in und mit Russland an, nachdem Presseberichte **enthüllt** hatten, dass eine seiner Tochtergesellschaften im August vergangenen Jahres Technologie für die Stahlherstellung an den russischen Mischkonzern Severstal geliefert hatte. (Danieli streitet jegliches Fehlverhalten ab, und es wurden keine rechtlichen Schritte gegen das Unternehmen eingeleitet).

Der riesige Stahlkonzern Severstal gilt als wichtiger Lieferant für die Hersteller von russischen U-Booten, Kriegsschiffen und gepanzerten Fahrzeugen. Der Chef und Hauptaktionär des Unternehmens, Alexej Mordaschow, einer der reichsten Männer Russlands, wurde kurz nach der Invasion im vergangenen Februar auf die Sanktionsliste westlicher Länder gesetzt.

Zwei weitere börsennotierte Unternehmen, der US-amerikanische Dienstleister für Erdölförderung SLB und der italienische Zementhersteller Buzzi Unicem, nutzen ein Schlupfloch, das es ihren russischen Tochtergesellschaften ermöglicht, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Kein Unternehmen, das in Russland nach lokalem Recht gegründet wurde, ist verpflichtet, sich an westliche Gesetze zu halten. Was SLB und Buzzi Unicem tun, ist somit legal – und äußerst lukrativ.

Die russischen Tochtergesellschaften beider Unternehmen verzeichneten im vergangenen Jahr **Umsatzsteigerungen**, die höchstwahrscheinlich durch den freiwilligen Rückzug ihrer westlichen Wettbewerber **begünstigt** wurden. Beide versorgten Russland mit wichtigen Produkten und – im Falle von Öl – mit strategischen Einnahmequellen. (Wie Danieli streiten auch SLB und Buzzi Unicem jegliches Fehlverhalten ab und müssen im eigenen Land nicht mit rechtlichen Schritten rechnen).

Der **jüngste Bericht** der Internationalen Arbeitsgruppe für Russlandsanktionen unter der Leitung von Andrij Yermak, dem Leiter des Präsidialbüros des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, und Michael McFaul von der Stanford University befasst sich zudem mit der Frage der vom Westen hergestellten Mikrochips, die in russischen Raketen und Drohnen gefunden wurden, die auf die Ukraine abgefeuert worden sind.

Dem Bericht zufolge sind „russische Raketen und Drohnen mit im Ausland hergestellten Mikrochips ausgestattet, die GLONASS – das russische Satellitennavigationssystem – unterstützen, das sie auf ausgewählte Ziele lenkt“, während „ausländische Unternehmen, darunter Linx Technologies, Qualcomm und STMicroelectronics, Berichten zufolge weiterhin GLONASS-fähige Mikrochips herstellen und sie über zahlreiche Briefkastenfirmen an Russland verkaufen, ob wissentlich oder nicht“. Alle diese Unternehmen haben ihren Sitz in den USA, mit Ausnahme von STMicroelectronics, das gemeinsam von den Regierungen Frankreichs und Italiens kontrolliert wird.

Es gibt keine Beweise dafür, dass nach Februar letzten Jahres im Westen hergestellte Mikrochips nach Russland geliefert wurden, und es wurden auch keine Vorwürfe wegen Umgehung von Sanktionen gegen die betreffenden Unternehmen erhoben. Doch diese Chip-Hersteller könnten schnell und einfach einige Merkmale ihrer Chips ändern, um zu verhindern, dass sie in russischen Waffen funktionieren.

Dies sind nur einige von vielen Fällen, die in Angriff genommen werden müssen. Im Yermak-McFaul-Bericht wird vorgeschlagen, dass demokratische Regierungen eine 100 prozentige Steuer auf die Gewinne westlicher Unternehmen aus ihren Tochtergesellschaften in Russland erheben. Es wäre außerdem möglich, diese Einnahmen in die Ukraine fließen zu lassen.

Im Allgemeinen haben rechtliche Schlupflöcher, opportunistisches Verhalten von Unternehmen, zaudernde Regierungen, einflussreiche Industrielobbys in westlichen Ländern und mangelnde Kooperation der Schwellenländer jedoch dazu beigetragen, die Wirkung der Sanktionen zu schmälern. Daraus zu schließen, dass die Sanktionen gescheitert sind, wäre jedoch falsch. Vielmehr spricht einiges dafür, das Sanktionssystem zu erweitern und zu verschärfen und seine Umgehung zu erschweren.

Die Schrauben anziehen

Sanktionen sind eindeutig besser als die Alternative: Es dem Kreml zu ermöglichen, Mord und Zerstörung in der Ukraine mit Mitteln aus den Zahlungen für russische Importe zu finanzieren – bis zu eine Milliarde Dollar pro Tag allein für die EU. Zudem gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass die Sanktionen, so unvollkommen sie auch sein mögen, Wirkung zeigen.

Schon jetzt ist Putins Regime gezwungen, Rohstoffe mit einem Abschlag zu verkaufen und Technologien mit einem Aufschlag zu erwerben (wegen der Kosten für die Umgehung rechtlicher Hürden). Der russische Staatshaushalt steht in diesem Jahr aufgrund der Ausgaben für Militär und nationale Sicherheit – die ein Rekordhoch von einem Drittel der Ausgaben ausmachen – und unfreiwilliger Importsubstitutionen unter erheblichem Druck. Einstweilen kann es sich der Kreml leisten, diese Ausgaben zu finanzieren, aber jeder neue externe Schock könnte die russischen Staatsfinanzen ernsthaft schädigen.

Um diese Risiken abzumildern, pressen die russischen Behörden höhere Einnahmen aus der Wirtschaft heraus, unter anderem durch die Erhebung einer Übergewinnsteuer von Unternehmen und die Verpflichtung westlicher Unternehmen, die das Land verlassen, **einen Beitrag** zum föderalen Haushalt in Höhe von mindestens 10 Prozent der Hälfte des Marktwerts ihrer Vermögenswerte zu leisten (zusätzlich zu einem Nachlass in Höhe von 50 Prozent der Bewertung ihrer Immobilien, der Käufern zu gewähren ist).

Putin braucht diese Maßnahmen gerade weil die Sanktionen den russischen Haushalt belasten, insbesondere im Kohlenwasserstoffsektor, der 2022 **fast** die Hälfte der Staatseinnahmen ausmachte. In den ersten vier Monaten des Jahres 2023 **verringerten** sich die Einnahmen aus diesem Sektor im Vergleich zum Vorjahr um 45 Prozent. Nächstes Jahr wird es für den Kreml noch schwieriger werden, denn im März stehen für Putin Präsidentschaftswahlen an. Wie üblich werden die Wahlen alles andere als frei und fair verlaufen, aber Putin wird trotzdem zusätzliches Geld brauchen, um seine Popularität zu stärken. Unternehmen, sowohl westliche als auch russische, könnten mit neuen Erpressungen konfrontiert werden.

Angesichts der düsteren Aussichten für die russische Haushaltslage werden die Beziehungen zwischen dem Kreml und einigen russischen Oligarchen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Im Februar 2022 herrschte unter den Wirtschaftseliten eine weit verbreitete Ungläubigkeit über die Realität des bevorstehenden Krieges. Sie hatten zwar jahrzehntelang mit Putin zusammengearbeitet und von ihrer Nähe zu einem korrupten und kriegslüsternden Machtzirkel profitiert, konnten die Pläne ihres Staatschefs aber dennoch nicht durchschauen. Doch ihre anfängliche Schockstarre wich einer Art negativer Akzeptanz, als die westlichen Sanktionen einen Tycoon nach dem anderen trafen.

Die grauen Herren

Die russischen Eliten, sowohl hohe Beamte als auch Wirtschaftsführer, sind ausgesprochen pragmatisch und unideologisch. Viele Milliardäre haben ihr Vermögen in den 1990er-Jahren gemacht und betrachten ihre Verbindungen zum Kreml natürlich nach wie vor als entscheidenden Vorteil. Durch die Sanktionen sind sie einer nie dagewesenen Unsicherheit ausgesetzt, aber sie legen Putin gegenüber weiterhin negative Loyalität an den Tag: Sie sind unzufrieden mit der Situation, arbeiten aber weiterhin in Russland, liefern Ressourcen für die Kriegsmaschinerie und verdienen Geld. Einige von ihnen brauchten weniger als acht Monate, um ihre internationalen Geschäfte wieder aufzunehmen und sogar neue Kunden zu finden.

Gegenwärtig wird ihre Treue mit umfangreichen Kapitalflüssen aus Asien und dem globalen Süden belohnt. In Kombination mit der Androhung offizieller Repressalien und der Aussicht, auf unbestimmte Zeit auf den westlichen Sanktionslisten zu bleiben, bedeutet die fehlende Verschlechterung ihres Lebensstandards, dass sie wenig Grund haben, ihre Stimme gegen das Regime zu erheben.

Mordaschow ist ein Paradebeispiel. Nachdem der Krieg begonnen hatte und Sanktionen gegen ihn verhängt worden waren, bemühte sich Mordaschow intensiv darum, seinen Ruf im Westen reinzuwaschen. Einflussreiche US-Medien veröffentlichten sogar verständnisvolle **Berichte** über ihn als reformfreudigen Oligarchen, der versucht, auf Distanz zu Putin zu bleiben.

Dabei hat Mordaschow Sergej Roldugin, einem klassischen Cellisten, der zahlreichen Berichten zufolge **für Putin Vermögen verwalten soll**, Milliarden von Dollar **geliehen** und zu Beginn des Krieges an Treffen mit Putin teilgenommen. In ähnlicher Weise **sammelte** der Gründer der Alfa-Bank, Michail Fridman, ein weiterer sanktionierter Oligarch, dem es eindeutig missfällt, als Putin-freundlich abgestempelt zu werden, im März mindestens ein Dutzend Briefe von Kreml-Kritikern, die ihm bescheinigen, ein unabhängiger und vertrauenswürdiger Geschäftsmann zu sein.

Solche Strategien lassen darauf schließen, dass die westlichen Sanktionen Russlands Oligarchen durchaus schaden. Gleichzeitig hat die negative Loyalität der russischen Eliten dazu geführt, dass sie sich in einer isolierten Position befinden – mitschuldig an der fortdauernden Katastrophe, aber nicht in der Lage, sich vereint hinter sinnvolle Maßnahmen zur Abwendung noch schlimmerer Folgen zu stellen. Demokratische Regierungen könnten versuchen, solche Schwachstellen auszunutzen. Im jüngsten Yermak-McFaul-**Bericht** wird vorgeschlagen, einen klaren Weg für die Aufhebung von Sanktionen gegen Einzelpersonen aufzuzeigen, wenn diese sich aktiv vom Kreml distanzieren und sich für die Wiederherstellung der Ukraine innerhalb ihrer internationalen Grenzen von 1991 einsetzen. Dies würde dem Versuch gleichkommen, Russlands Oligarchen zu einer „positiven Illoyalität“ zu bewegen. Um den Anreiz zu verstärken, sollte dieser Weg an eine Ausweitung der Sanktionen gegen eine größere Zahl von Personen in Russland gekoppelt werden.

Testergebnisse

In den vergangenen 14 Monaten ist die Weltwirtschaft einem nie dagewesenen Experiment unterzogen worden: die Unterbrechung der Handels-, Finanz- und persönlichen Beziehungen zu einem Land, das sich über elf Zeitzonen erstreckt und im Zentrum der Globalisierung steht. Vor Februar 2022 zielten weitreichende Sanktionsregelungen auf Länder am Rande der Weltwirtschaft ab. Der Iran, die wichtigste Volkswirtschaft, die vor Russland von umfassenden Sanktionen betroffen war, gehört mit einem jährlichen BIP von gerade einmal 365 Milliarden Dollar nicht einmal zu den **40 größten Volkswirtschaften der Welt**. Russland hingegen ist mit einem BIP von zwei Billionen Dollar die elftgrößte Volkswirtschaft der Welt. Und obwohl Wirtschaftssanktionen in den letzten 80 Jahren zu einem relativ routinemäßigen politischen Instrument geworden sind, wurden inzwischen mehr als 13.000 Sanktionen gegen **ein einziges Land** verhängt – mehr als gegen Kuba, Iran und Nordkorea zusammen. Das einzige frühere Beispiel für eine große Volkswirtschaft, gegen die derart weitreichende

Sanktionen verhängt wurden, war Italien unter Mussolinis im Jahr 1935, als der internationale Handel einen weitaus geringeren Anteil am BIP eines Landes ausmachte.

Bei diesem Experiment könnte nicht mehr auf dem Spiel stehen – und das nicht nur für die Ukraine. Wir werden bald erfahren, ob Maßnahmen wie Handelsembargos, Reiseverbote und das Einfrieren von privatem und staatlichem Vermögen eine Ausnahme sind oder in einer fragmentierten und gespaltenen Welt zu den ganz normalen politischen Instrumenten gehören werden. Gut informierten Quellen zufolge schlagen US-Politiker beispielsweise vor, dass europäische Regierungen Sanktionen gegen skrupellose Ultranationalisten verhängen sollen, die Serbiens Bemühungen um einen EU-Beitritt sabotieren.

Wird es funktionieren? Es ist schwer vorstellbar, dass Demokratien Sekundärsanktionen gegen Länder verhängen, die Russland durch Parallelimporte unterstützen, wie sie die Türkei für zahllose kleine und mittelständische italienische Unternehmen abwickelt. Im Falle Chinas ist es schlichtweg undenkbar. Es wäre äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich, einen solchen Ansatz umzusetzen, und der Versuch, es zu tun, würde das Ansehen der USA und der EU in den Entwicklungs- und Schwellenländern beeinträchtigen. Stattdessen sollten westliche Mächte *positive Loyalität* in Entwicklungs- und Schwellenländern fördern, indem sie Anreize wie fortschrittliche und umweltfreundliche Technologien bieten, um gemeinsam an der Aufrechterhaltung des Sanktionsrahmens festzuhalten.

Ganz allgemein erfordern derartige Maßnahmen mehr Koordination und Transparenz. Die Einrichtung eines internationalen Beratungsgremiums für Sanktionen – mit der Aufgabe, Schlupflöcher und andere Unzulänglichkeiten ausfindig zu machen, Informationen auszutauschen und zu verwalten und die Auswirkungen zu bewerten – wäre sowohl für Regierungen als auch für Unternehmen zeitgemäß und hilfreich. Es ist ein Gedanke, den die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten bei ihrem Treffen in Hiroshima, Japan, Ende dieses Monats sinnvollerweise prüfen könnten.

Aus dem Englischen von Sandra Pontow

xxx

Der Kosovo-Krieg und seine Stellvertreter

VIRGIL ZÓLYOM, 01.07.2023

Brandbomben, Schnellfeuergewehre und täglich neue Drohungen: Im Kosovo bahnt sich ein neuer Konflikt an. Was sind die geopolitischen Hintergründe und wie lässt sich ein neuer Flächenbrand auf dem Balkan verhindern?



Bundeskanzler Olaf Scholz (re.) begrüßt Albin Kurti, den Ministerpräsidenten des Kosovo. (Foto: dpa)

Ein absurdes Bild bot sich der Weltöffentlichkeit vergangene Woche, als drei Polizisten aus dem Kosovo von serbischen Sicherheitskräften festgenommen wurden. Die **Polizisten seien in serbisches Gebiet eingedrungen** und hätten Schnellfeuergewehre und Sprengstoff in das Land geschmuggelt. Vonseiten des Kosovo hieß es wiederum, die Polizisten seien in ihrem Land von serbischen Kräften aufgegriffen und nach Serbien

verschleppt worden.

Am 27. Juni wurden die Beamten entlassen, obwohl der serbische Präsident Vučić vorher angekündigt hatte, sie nicht auszuliefern. Schlagartig änderten sich die Anweisungen. Doch eine Entspannung zwischen den beiden ehemals jugoslawischen Teilrepubliken ist nicht in Sicht. Im Gegenteil.

Kosovo und Serbien in der Gewaltspirale

Sowohl in Serbien als auch im Kosovo häufen sich Berichte von Großdemonstrationen, Anschlägen und kleineren bewaffneten Auseinandersetzungen. Der Kosovo-Krieg und seine Folgen sind immer noch präsent in dem ehemals jugoslawischen Gebiet. Ein **Zusammenstoß zwischen serbischen Demonstranten und der NATO-Schutztruppe, bei dem 80 Menschen mitunter schwer verletzt wurden**, war ein weiterer Eskalationspunkt in dem schon lange schwelenden Konflikt.

Ein Grund für den drohenden Flächenbrand ist die Tatsache, dass von Kosovos Seite keine freien serbischen Gemeinden im Norden des Landes geduldet werden. Aus Sicht des gerade erst 2008 unabhängig gewordenen Landes mag das verständlich sein, denn solche Gemeinden würden eine Autonomie der größten Minderheit im Norden Kosovos bedeuten, die sich zudem noch an der Grenze zum Mutterland Serbien befände.

Das serbische Selbstverständnis und Kosovos Unabhängigkeit

Der **Regierungsanspruch der Kosovaren wird aber von Serbien als Affront gewertet**, die die Lokalwahlen im Norden des Landes boykottierten. Denn quasi gehörte der Kosovo zu Serbien, so jedenfalls das serbische Selbstverständnis. Im Kosovo stehen serbisch-orthodoxe Klöster, hier liegt das Amselfeld, auf dem sich die Geburt der serbischen Nation ereignete, und die serbische Vorherrschaft über die anderen Völker Jugoslawiens, darunter die vornehmlich albanischen Kosovaren, galt lange Zeit als gerechtfertigtes Ziel.

In den 80er-Jahren begannen sich infolge dieses ethnischen Konflikts serbische und albanische Gruppen zu bekämpfen, oft bleibt es seither bei überschaubaren Scharmützeln. Doch die Gefahr tödlicher Flächenbrände wie im Jahr 1996 ist in dieser Gemengelage immer gegeben. So forderten die USA und Frankreich Pristina auf, auf Weiteres keine kosovarischen Bürgermeister mehr im Norden des Landes einzusetzen. Unter westlicher Anweisung wurden bei der Konferenz von Rambouillet im Jahr 1999 Grenzverschiebungen zulasten Serbiens eingefordert, die bis heute als Raubfrieden betrachtet werden und entsprechend gefährliche Reaktionen der serbischen Bevölkerung nach sich ziehen.

Ein drohender Stellvertreterkrieg?

Seit 2008 ist der Kosovo ein eigenständiges Land, das aber **unter der Schutzherrschaft des Westens** steht. Im Falle Serbiens sind die Karten anders gemischt: Das Land pflegt enge Beziehungen zur Russland und mittlerweile auch China. Während sich Moskau als Patron der orthodoxen und slawischen Brudernation Serbien versteht, will China sein Seidenstraßenprojekt vor allem auch am Balkan ausbauen.

Nach Griechenland und Ungarn baut Peking hier sukzessive seinen Einfluss aus, wirbt mit großen Investitionen und langfristigen Angeboten. Moskaus Partnerschaft mit der konservativen SNS Partei Serbiens ist eher ideologischer, politischer Natur: Durch gezielte finanzielle Zuwendungen will das Großreich seinen Einfluss auf dem Balkan stärken. So vermutet Manuel Sarrazin, Sonderbeauftragter der Bundesregierung im Westbalkan, dass hinter den Unruhen in Nordkosovo russische Geld- und Ideengeber stehen.

Dem Westen mag dieser Trend unangenehm aufstoßen. Die Unruhen im ehemals jugoslawischen Raum werden erst dann ein Ende nehmen, wenn der schwelende Konflikt zwischen den Großmächten einigermaßen beigelegt wird. Die Serben schwanken noch zwischen Anwerbeversuchen aus Brüssel, Moskau und Peking. Doch ihnen kann man den Vorwurf nicht machen, sich nicht zu entscheiden. Vielmehr müsste der Westen von nun an stärkeres und ernsthaftes Engagement beweisen, um Serbien langfristig auf seine Seite zu ziehen. Wartet er zu lange oder engagiert er sich nur halbherzig, riskiert er das Entgleiten des Landes zum Osten, woraufhin unweigerlich die **Destabilisierung der Region weiter vorangetrieben** werden würde.

Virgil Zólyom, Jahrgang 1992, lebt in Meißen und arbeitet dort als freier Autor. Sein besonderes Interesse gilt geopolitischen Entwicklungen in Europa und Russland. Aber auch alltagsnahe Themen wie Existenzgründung, Sport und Weinbau fließen in seine Arbeit ein.

xxx

Durch diese Hohle Gasse

Roger Köppel

«Dies kleine Volk ist uns ein Stein im Weg – so oder so – es muss sich unterwerfen.» Landvogt Gessler im Drama
«Wilhelm Tell» von Friedrich Schiller



Kaum einer hat die Schweiz besser verstanden als der deutsche Dichter

Friedrich Schiller. Das Drama «Wilhelm Tell» ist das in sagenhafter Zeit spielende ewige Drama unseres Landes: die Verteidigung der Freiheit gegen die verführerische Knete, die Selbstbehauptung gegen Knechtschaft und Unterjochung, das schroffe Nein der Unabhängigkeit gegenüber dem Drängen mächtigerer Nachbarn, sich die Schweizer untertan zu machen.

Das Zitat am Anfang dieses Artikels findet sich im letzten Dialog des Landvogts Gessler, ehe ihn Wilhelm Tell vom Sattel schießt in der «Hohlen Gasse», der Outlaw mit der Armbrust, der Alpengcowboy, eine Art wandelnde Unabhängigkeitserklärung, der das Recht selber in die Hand nimmt, um es wieder einzurenken, der glorreiche Freiheitsterrorist der Berge, der den Eidgenossen hilft, ihre alte Rechtsgemeinschaft wiederherzustellen gegen Gesslers Tyrannei.

Mit dem kristallklaren Blick des deutschen Idealisten und Aufklärers schaut der Schriftsteller tief ins Wesen unseres Staates. Gessler spricht aus, was viele Gesslers nach ihm, von Ludwig XIV. über Napoleon und Hitler bis hin zu von der Leyens EU und Selenskyjs Waffen, in der Schweiz gesehen haben: einen Stein des Anstosses, ein Ärgernis und Hindernis. «Das kleine Volk» der Eidgenossen ist, bis heute, der «Stein im Weg» der Euro- und Autokraten. Es soll sich gefälligst unterwerfen.

Legionen haben sich an dieser Schweiz schon die Zähne ausgebissen. Selbst der Franzosenkaiser Napoleon, am Gipfel seiner Macht im 19. Jahrhundert, musste zermürbt das Handtuch werfen: «Glückliche Umstände haben mich an die Spitze des französischen Staats geführt, aber ich sehe mich gänzlich ausserstande, die Schweizer zu regieren.» Ähnlich verzweifelt hören sich heutige EU-Bürokraten an, die uns in die Zwangsjacke ihrer institutionellen Bevormundungen stecken möchten.

Wie viel süsser ist es doch, ja zu sagen, kraftlos hinzusinken unter das freundlich hingestreckte Joch.

Die Schweiz ist anders, oder sie ist nicht mehr die Schweiz. Mit entwaffnender Offenheit gibt es Gessler zu. Es geht darum, den «Stein im Weg» wegzuräumen, das «kleine Volk zu unterwerfen». Dahinter steckt nicht böse Absicht. Es ist die kalte Herrschaftslogik des Verwaltungsstaats. Die Schweiz, von unten nach oben organisiert, ist dessen Gegenteil – heute einer Europäischen Union, die von oben nach unten wirkt. Wie soll man zusammenfügen, was natürlich auseinanderstrebt?

Schiller hat es erkannt. Die Mehrheit der Schweizer Politiker neigt dazu, diese Urtatsache schweizerischer Staatlichkeit zu übersehen. Die Schweiz steht einer EU, wie sie sich heute präsentiert, genauso unversöhnlich und unverdaulich gegenüber wie die alte Eidgenossenschaft den sie einst belauernden Monarchien oder der angeblichen Vernunftdiktatur des Feldherrn aus Korsika. Wer die Schweiz einer fremden Verwaltung unterstellt, vergewaltigt sie, bringt sie zum Verschwinden.

Mit dieser Einsicht ist kein Schlachtruf, keine Kriegserklärung an die Europäische Union verbunden, nur die höfliche Mahnung, dass die Schweizer nicht vergessen, wer sie sind, was sie sich zumuten und anderen versprechen dürfen. Der Schweizer verheddert sich da gern in den Widersprüchen seines Seins. Zum einen sind wir freundlich, überfreundlich und offen, multisprachliche Weltmeister im Lippenlesen und in der Erfüllung auswärtiger Wünsche.

Tief in ihrem Innern sind die Schweizer, zur friedlichen Koexistenz verdammt auf engstem Raum, auf Harmonie gepolt, lieber eine verlogene als keine, auf die Vermeidung von unnötigen Konflikten und Reibereien, auch wenn es dazu führen sollte, die eigenen Interessen zu verschlucken. Unter den Völkern dieser Erde ist der Schweizer der Hotelier, das Genie der Einfühlung, der Händeschüttler am Eingang, der aber auch froh ist, wenn die Gäste sein Haus irgendwann wieder verlassen haben.

Das bringt ihn zwangsläufig in Gegensatz zu seiner Verpflichtung, das eigene Staatswesen, seine Freiheit und Demokratie notfalls gegen auswärtige Begehrlichkeiten zu verteidigen, die eigenen Interessen nicht im Schaumbad eines bequemen Einvernehmens zu versenken, sondern die Zähne zu zeigen, Grenzen zu ziehen. Dass dies den Eidgenossen schwerfällt, hat Schiller wunderbar erfasst. Es braucht einen Gesetzlosen, der den Vögten im Sinnbild des Pfeils sein Nein entgegenschleudert, den Tell, der sich traut, wovor die anderen zurückschrecken.

Wie viel süsser und leichter ist es doch, ja zu sagen, einzuknicken, sich fallenzulassen, kraftlos hinzusinken unter das freundlich hingestreckte Joch. «Es kostete ein einzig leichtes Wort», schreibt der Dramatiker, «um augenblicks des Dranges los zu sein, und einen gnäd'gen Kaiser zu gewinnen.» Dieser ewigen Verführung, dem goldenen Käfig zu widerstehen, der Freiheit zuliebe den dornigen, den quälenden, den mutigen Weg zu gehen, das ist der Auftrag, den Schiller in unsterblichen Worten den Schweizern mitgegeben hat.